

Volkswacht

für Schlessien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Aundfunk“, „Sozialistische Literatur-Aundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Gutzkowstr. 4/6, durch die Abteilungen der „Volkswacht“, Neus Graupenstr. 6 und Friedrich-Wilhelm-Str. 106, Marktstr. 155, sowie durch alle Anstalten zu beziehen. Bezugspreis im voraus zu entrichten monatlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rml., monatlich 1,76 Rml. + 25 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rml. Durch die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Telefon-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21736
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter (für geschaltete Anzeigen aus Schlessien) 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tage 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Veranlassungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf., das selbe Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Gutzkowstr. 4/6 oder in des Zweigstellen abgegeben werden.

Anzeigen eingelebte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Knapper Sieg der Kapitalregierung

Nur 4 bis 5 Stimmen Mehrheit bei den entscheidenden Abstimmungen Völliger Umfall der Deutschnationalen - Reichstag bis 2. Mai vertagt

Berlin, 14. April. (Eig. Bericht.)

Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die dritte Beratung der Deckungsvorlagen, beginnend mit dem Agrarprogramm.

Abg. Hoernle (Komm.) protestiert gegen das Agrarprogramm der jetzigen Regierungsparteien.

Abg. Hepp (Christlich-Nationale Bauernpartei) bedauert, daß am Sonnabend auch Mitglieder von bürgerlichen Parteien gegen das mit dem Agrarprogramm verbundene Deckungsprogramm gestimmt haben. Trotz der Bedenken gegen einzelne Deckungsvorlagen müsse das Deckungsprogramm von allen Freunden der Landwirtschaft angenommen werden, weil sonst die Durchführung des Agrarprogramms gefährdet sei. Der Redner bittet insbesondere die Mitglieder des Bayerischen Bauernbundes, ihre sich vielleicht berechtigten Bedenken gegen die Biersteuer zurückzustellen.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.):

Wenn hinter irgendeinem Programm nur die Mehrheit der Stimmen, nicht aber die Mehrheit der Überzeugungen steht, so ist unter dem neuen Agrarprogramm. Dieses Programm deutet eine außerordentlich große Gefahr nicht nur für die deutsche, sondern für die gesamte europäische Wirtschaft und Handelspolitik. Die unvermeidliche Folge würde eine ungeheure Welle von Lohnbewegungen und eine Gefährdung der Stabilität der deutschen Handelspolitik sein. International kann die Überspannung der deutschen Zollpolitik die gleiche Gefahr heraufbeschwören, daß auch England, Irland, Belgien und andere Länder zum Protektionismus übergehen. In England und Holland allein war unsere Handelsbilanz im letzten Jahre mit einer Milliarde aktiv. Unsere gegenwärtige Ausfuhr nach den europäischen Ländern ab in den letzten Jahren 1 1/2 Millionen deutschen Mark. Dieser Beschäftigung. Dieses handelspolitische Verhältnis wird gestört durch das überspannte Schiele-Programm. In diesem Programm wird eine Abenteurerpolitik getrieben, die unsere industrielle Produktion mit vielen Milliarden lasten muß. Darüber hinaus bedeutet das Vorgehen der jetzigen Regierung einen Vorstoß gegen den Parlamentarismus. Wie die Abstimmungen auch ausgehen werden, wird werden den Wahlkampf führen für die Aufrechterhaltung der Demokratie und des Parlamentarismus.

Abg. Dr. Mumm (Chr. Nat. A. G.): Wenn es zur Reichsausschließung kommen sollte, so werden wir Christlich-Nationalen mit gutem Gewissen in den Wahlkampf gehen.

Reichsernährungsminister Schiele

Den Ausführungen des Abg. Dr. Hilferding entgegen mit dem Hinweis auf den Abstand, in dem sich der Index der Preise für Agrarprodukte von dem viel höheren Industrie-Index befindet. Der Sinn des vorliegenden Agrarprogramms liege gerade darin, einen gesunden Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft herbeizuführen. Die Ansammlung ungeheurer Weizenüberschusses in den überreichen Ländern nötige alle europäischen Länder zu ähnlichen Abwehrmaßnahmen, wie sie das vorliegende Agrarprogramm enthalte.

Der Minister gibt dann zu dem Agrarprogramm noch die Erklärung ab, daß die der Regierung zu gebende Ermächtigung die Möglichkeit einschleife, weiterhin den Zoll für Getreide und Viehfütterung bei gleichzeitigem Bezug von colnisiertem Weizen auf 2 Mark herabzusetzen. Bei den Einfuhrzöllen sei es daran gedacht, dadurch die Reichskasse stärker in Anspruch zu nehmen.

Abg. Dr. Hilferding (Soz.) erwidert, es bestehe kein Streit darüber, daß eine ernste Agrarkrise nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt bestehe. Wenn tatsächlich das überreiche deutsche Agrarprogramm nicht zu einer Verteuerung der Lebenshaltung der Verbraucherschaft führen würde, dann würde ja der ausgesprochene Zweck dieser Maßnahme, die Erhaltung der Preise für die Agrarprodukte gar nicht erreicht werden. Die mit einer schweren Gefährdung der deutschen Landwirtschaft verbundene Vorlage bringe der bäuerlichen Wirtschaft keinen Nutzen, denn sie verteuere ihr Futtermittel.

Abg. Dr. Dörfner (Ztr.): Wir erkennen an, daß Deutschland auf einen Export-Überschuß angewiesen ist. Trotzdem gehen wir das Agrarprogramm mit und sehen darin keinen Widerspruch mit unserem weltwirtschaftlichen Programm, das sich gegen Protektionismus richtet. Man darf dabei nicht vergessen, daß es sich hier um einen akuten Notfall handelt, dem abgeholfen werden soll. Die Vorlage enthält ja eine Ermächtigung, das zu dem Zweck, daß die Zollserhöhungen nur in dem Maße durchgeführt werden, wie es zur Erreichung stabiler Preise notwendig ist. Bleibt die Regierung bestehen, so kann sie die Durchführung des Programms kontrollieren. Wird der Reichstag aufgelöst, so kann das Agrarprogramm auch mit Hilfe des Artikels 48 nicht durchgeführt werden.

Damit ist die Aussprache über das Agrarprogramm beendet. Die Vorlage über die gestaffelte Umsatzsteuer begründet

Abg. Dr. Kemmele-Baden (Soz.):

Den Antrag, wonach von der Steuer die Konsumvereine und Wirtschaftsgenossenschaften, deren Geschäftsbetrieb sich auf die Mitglieder beschränkt, frei bleiben sollen. In ihrer jetzigen Form würde durch die Vorlage bei den Konsumvereinen die Hälfte der Zuweisungen an die Mitglieder abgezogen. Der Konsumverein ist eine Selbst-

hilfe-Organisation der Verbraucherschaft. Wenn man ihn steuerlich auf eine Stufe stellt mit dem kapitalistischen Warenhaushalt, so ist das ein Mißbrauch der Staatsgewalt, ein Ausnahmengesetz gegen die Lohn- und Gehaltsempfänger.

Reichsfinanzminister Dr. Maltenhauer:

Im Namen der Reichsregierung habe ich Sie um Ablehnung des Antrags Kemele zu ersuchen. (Rufe bei den Soz.: „Die reaktionäre Regierung, sagt Schlad!“) Es handelt sich nur darum, Betriebe mit einer bestimmten Umsatzhöhe gleichmäßig steuerlich zu erfassen ohne Rücksicht darauf, ob der Betrieb genossenschaftlich oder privatwirtschaftlich aufgebaut ist. Die Regierung muß die Ablehnung des Antrages Kemele verlangen, weil eine Annahme des Antrages eine schwere Einbuße an dem finanziellen Ertrag des Deckungsprogramms herbeiführen würde. Abg. Ende (Komm.) bekämpft die Erhöhung und die Staffelung der Umsatzsteuer.

Abg. Dr. Herz (Soz.)

betont nochmals, daß die gestaffelte Umsatzsteuer ein Ausnahmengesetz gegen die Konsumvereine sei. Er ersucht den Minister um Antwort auf die schon früher aufgeworfene Frage, ob er es für richtig hält, daß ein Steuerfuß von 50-90 Prozent des Reinertrages auch gegenüber der Privatwirtschaft Anwendung finde und ob und wann die Reichsregierung Gelegenheiten vorlegen wird, durch die auch die Großbetriebe der Industrie einer Ausnahmebegünstigung unterworfen werden. Wenn als Wirkung der Umsatzsteuer, gegen die Konsumvereine diese Preissteigerung des Kleinhandels ausbleibe, dann muß die Wirkung eine allgemeine Preissteigerung aller Lebensmittel im Kleinhandel sein. Der Hinweis des Ministers auf die Körperschaftsteuer war ganz abwegig, denn die ständige Rechtsprechung hat immer entschieden, daß die Konsumvereine keine Gewerbebetriebe sind. Die Konsumvereine werden schon durch die normale Umsatzsteuer härter getroffen als der private Kleinhandel, bei dem mit einer wesentlichen Hinterziehungsquote gerechnet wird, die bei den Konsumvereinen nicht in Frage kommt.

Die Aussprache über die Steuererträge ist damit beendet. Zu Finanzreform und Arbeitslosenversicherung führt

Abg. Grotewohl (Soz.)

aus, bei der Kompromißvorlage der Regierungsparteien handle es sich um einen ganz bewußten und planmäßigen Abbau der Leistungen der Arbeitsversicherung. Ebenso bedenklich sei die Regelung bei der Invalidenversicherung. Das sei auch in einem an den Minister Stegerwald gerichteten Brief des Vorsitzenden der württembergischen Landesversicherungsanstalt, des früheren Zentrumsabgeordneten Andre anerkannt worden.

Abg. Ried (Komm.) erklärt: Bezeichnend sei das Schweigen der Nationalsozialisten. Hugenberg habe offenbar an die Subventionierung der Nationalsozialisten die Bedingung geknüpft, daß die Nationalsozialisten mit keinem Wort mehr gegen den Arbeiterverband protestieren.

Damit ist die Aussprache über sämtliche Deckungsvorlagen beendet. Es folgen um 2 Uhr die Abstimmungen.

Zum Gesetz über Zolländerungen, das die Mineralölzölle und das Agrarprogramm enthält, werden zunächst verschiedene sozialdemokratische und kommunistische Änderungsanträge abgelehnt. Die Mineralölzölle und die ersten Artikel des Agrarprogramms werden in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, der Nationalsozialisten und bei einigen Artikeln gegen einen Teil der Deutschnationalen angenommen, darunter auch die sogenannte Junctim-Bestimmung, wonach die Agrarvorlage nur in

Kraft treten kann, wenn auch sämtliche Deckungsvorlagen angenommen sind.

Die erste namentliche Abstimmung wird vorgenommen bei der Roggenposition der Agrarvorlage. Hierbei wird ein kommunistischer Änderungsantrag mit 261 gegen 193 Stimmen abgelehnt. Nach Ablehnung aller weiteren Änderungsanträge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten wird das Agrarprogramm in der Fassung der zweiten Lesung angenommen. In der namentlichen Schlussabstimmung wird das Gesetz über Zolländerungen, enthaltend Mineralölzölle, Junctim und Agrarvorlage, mit 259 gegen 204 Stimmen angenommen. Dagegen haben die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten, dafür mit den übrigen Parteien auch die ganzen Deutschnationalen gestimmt.

Die Änderungen des Tabak- und des Zuckersteuergesetzes werden in namentlicher Abstimmung mit 230 gegen 224 Stimmen angenommen. Gegen die Vorlage stimmte mit den Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten auch die Minderheit der Deutschnationalen Fraktion.

Dann folgte die namentliche Abstimmung über den Artikel I der Vorlage über die Erhöhung der Biersteuer. Der Bayerische Bauernbund bildet hier das Jünglein an der Wage. Mit den Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten stimmen auch einige Deutschnationalen gegen die Vorlage. Artikel I, der die neue Biersteuer-Staffelung enthält, wird mit 232 gegen 223 Stimmen angenommen. (Wut-Rufe.)

Zum Artikel VII, der die Umsatzsteuer-Erhöhung betrifft, wird ein Antrag der Regierungsparteien angenommen, der Mäler und Handelsagenten bis zu einem Einkommen von 18 000 Mark von der Umsatzsteuer befreit. Ein sozialdemokratischer Antrag, der auch die freien Berufe von der Umsatzsteuer befreit will, wird abgelehnt.

Zur gestaffelten Umsatzsteuer, der sogenannten „Warenhaussteuer“ wird ein sozialdemokratischer Antrag auf Herausnahme der Konsumvereine aus der Steuerpflicht mit 262 gegen 192 Stimmen abgelehnt.

Die namentliche Schlussabstimmung über die Biersteuer-Vorlage, mit der auch Umsatzsteuer und Warenhaussteuer verbunden sind, ergibt die Annahme der Vorlage mit 228 gegen 224 Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten und der Minderheit der Deutschnationalen Fraktion.

Präsident Lohse erklärt, er werde noch im Laufe der Sitzung das endgültige Ergebnis dieser Abstimmung feststellen lassen, da es sich bisher nur um eine vorläufige Feststellung handle.

Die Änderungen zum Branntweinmonopol werden mit großer Mehrheit angenommen. Die Mineralwassersteuer wird mit 228 gegen 215 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Angenommen wird auch die Aufbringungsumlage unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags auf Erhebung eines Notopfers. In einfacher Abstimmung wird weiter die Hinauschiebung der Bindung der Länder und Gemeinden an die Reichs-Einkenswerte beschlossen.

Beim Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform werden die sozialdemokratischen Änderungsanträge zur Sanierung der Arbeitslosenversicherung abgelehnt. Artikel II, der die Zuweisungen für die Invalidenversicherung von 40 auf 20 Millionen herabsetzt, wird in namentlicher Abstimmung mit 240 gegen 204 Stimmen angenommen.

Der Artikel III über Steuererleichterung und Ausgabenersparnis wird in einfacher Abstimmung angenommen, ebenso das ganze Gesetz zur Vorbereitung der Finanzreform in der Schlussabstimmung.

Damit sind alle Deckungsvorlagen der Regierung in dritter Beratung endgültig angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird noch ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Umsatzsteuer mit 388 gegen 62 Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. Gegen Sozialdemokraten und Kommunisten wird eine Entschließung der Deutschnationalen angenommen, in der auszeichnende Zölle für den Weinbau, Obst- und Gemüsebau gewünscht werden. Eine sozialdemokratische Entschließung auf Herabsetzung der Zölle für Futtermittel wird abgelehnt.

Präsident Lohse teilt mit, daß das endgültige Abstimmungsergebnis für Biersteuer und Mineralwassersteuer nunmehr vorliegt und bei beiden Abstimmungen sich die Zahl der Ja-Stimmen um eine erhöhe.

Um 5 1/2 Uhr vertagt sich der Reichstag auf Freitag, den 2. Mai.

„Gesiegt“!

Aber wie?

Berlin, 14. April. (Eigener Bericht.)

Mit ungeheurer Spannung ist das Ergebnis der Abstimmungen in der Montags-Sitzung des Reichstages erwartet worden. Regierungsparteien und Opposition hatten ihre letzten Reserven herangeholt. Allein dreizehn sozialdemokratische Abgeordnete waren am Montag mehr anwesend als am Sonnabend.

Die Aussichten für die Regierung Brüning waren also denkbar ungünstig. Trotzdem hat sie mit einer Mehrheit von 4-5 Stimmen ihre Steuervorlagen durchgebracht. Die härtesten Druckmittel, die Drohung mit der Auflösung des Reichstages und der Anwendung des Diktatursparagrafen 48, haben ebenso zu diesem Ergebnis beigetragen, wie der Zerlegungsprozeß der Hugenbergpartei und die Kaufgelder zur Befriedigung demagogischer Interessenwünsche. Die Regierung Brüning ist die schwächste Regierung, die Deutschland je gehabt hat. Opfer über Opfer sind von ihr auf Kosten der Allgemeinheit gebracht worden. Trotzdem dieses tragische Ergebnis, das der Regierung zwar eine Salgenfrist gewährt, aber ihr Schicksal weiterhin abhängig

macht von dem Umfang der Zugeständnisse an die Handvoll Großgrundbesitzer, die durch die Diktatur die Rettung vor dem Pleitegeier erwarten.

Bei den Abstimmungen lassen sich drei Gruppen unterscheiden, die den neuen Kurs überaus deutlich erkennen lassen. In die erste Gruppe fallen die Entscheidungen über die Erhöhung der Zölle auf Lebensmitteln. Hier war die Mehrheit für die Regierung beträchtlich, mit 250 gegen 204 Stimmen wurde das Zollgesetz angenommen. Der Bürgerblock von Hugenberg bis Bernhard hat in Entscheidung. Obwohl die Ermächtigung für die Reichsregierung, die Zölle beliebig hinauf- und hinabzusetzen, die größten Gefährden für die Lebenshaltung der Verbraucher enthält, ohne der Masse der Bauern zu nützen, dafür aber die industrielle Erzeugung bedroht, das Sinken der Arbeitslosigkeit verhindert, haben alle bürgerlichen Parteien das Programm der Erhöhung angenommen. Bei den Entscheidungen über die Steuererhöhungen hat sich die Hugenberg-Opposition vom Bürgerblock ferngehalten. Die Erhöhung der Biersteuer, die Einführung einer Mineralwassersteuer, die beide innerhalb der bürgerlichen Parteien heftig umstritten waren, sind bürgerlich mit einer knappen Mehrheit durchgegangen.

Am deutlichsten trat

die Klassenfront des Bürgertums

bei einigen anderen Abstimmungen hervor. Der sozialdemokratische Antrag auf Erhebung eines Notopfers in der Form eines Zuschlages zur Einkommensteuer der höheren Einkommen fand wiederum die Gegnerschaft aller bürgerlichen Parteien und wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Das Ausnahmegezet, die Erhöhung der Umsatzsteuer für die Großunternehmungen des Einzelhandels wurde ebenfalls von allen bürgerlichen Parteien beschlossen. Demokraten und Deutsche Volkspartei, die lautesten Anführer im Streit um die Steuerentlastung, gaben ihre Zustimmung zu einem der ungerechtesten Ausnahmegeetze, das sich denken läßt. Sie beugten sich dem demagogischen Geschrei eintiger Krämmer. Verräterisch noch ist die Abstimmung über den Antrag der Regierungsparteien gewesen, die Zuweisungen aus den Zollerträgen an die Invalidenversicherung zu strecken. Nirgends zeigt sich

die Bereitschaft des Zentrums, mit der Rechten den

Abbau der Sozialpolitik vorzunehmen,

deutlicher, als bei diesem Punkt. Als im Jahre 1925 das Zentrum den neuen Zolltarif mit schloffen half, wurde auf sein Antrag beschlossen, aus den Mehreinträgen der Zölle 40 Millionen jährlich für Zwecke der Invalidenversicherung zu verwenden. Die sozialen Folgen der Zollerhöhungen sollten auf diesem Wege gemildert werden. Jetzt aber handelt das Zentrum entgegen dem Willen der Bevölkerung. Obwohl die Zölle wiederum erhöht werden und den Verbrauchern schwere Gefahren drohen, werden die im Jahre 1925 bewilligten Mittel von 40 auf 20 Millionen Mark jährlich vergrößert.

Man komme uns nicht mit dem Einwand, das seien alles die Folgen des Austritts der Sozialdemokratie aus der Regierung. Das ist falsch und unwahr. Die bürgerlichen Parteien haben sich geweigert, die Vorlage der Reichsregierung über die Arbeitslosenversicherung anzunehmen. Sie waren es, die weitere Lasten als für die Wirtschaft unerträglich bezeichneten. Wie sich jetzt zeigt, galt das nur für Lasten, die zugunsten der notleidenden Schichten des Volkes erforderlich sind. Denn was die bürgerlichen Parteien jetzt der Gesamtwirtschaft an Lasten aufgebürdet haben, das ist ein Vielfaches dessen, was die Sanierung der Arbeitslosenversicherung gekostet haben würde.

In Wirklichkeit ist

der Kurswechsel, den die Regierung Brüning darstellt, der Ausdruck der seit langem bei allen bürgerlichen Parteien bestehenden Absicht, sich dem Einfluß der Sozialdemokratie zu entziehen.

Die Neuregelung der Finanz- und Sozialpolitik, die nach der Annahme des Young-Planes notwendig geworden ist, soll der Befestigung der Stellung der kapitalistischen Gruppe dienen, bei gleichzeitiger Einschränkung der sozialen Fürsorge und der Lebenshaltung der Massen. Weil die Sozialdemokratie nicht bereit war, als Feigenblatt für solche reaktionäre Zwecke zu dienen und weil die Furcht vor der Auflösung aller bürgerlichen Parteien beherrscht hat, ist man selbst vor schlimmen Opfern der Gesamtwirtschaft nicht zurückgeschreckt.

Für den Augenblick haben sich damit die bürgerlichen Parteien der Abrechnung entzogen. Auf die Dauer werden sie ihr nicht entgehen.

Die Abstimmungen

An der Montagssitzung des Reichstags haben folgende 11 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion nicht teilgenommen: Böd, Eggenstedt, Hoffmann-Kaiserslautern, Jäder, Müller-Richtenberg, Pfaff, Quessel, Schmidt-Berlin, Schred, Anna Clemens und Staab.

Die meisten dieser Abgeordneten waren durch schwere Krankheit an der Teilnahme verhindert.

Von den Deutschnationalen haben gegen die Tabak- und Zuckersteuergesetze gestimmt: die Abgeordneten Dr. Agona, Dr. Bang, Berndt, v. Bartenwerffer, Dr. Everling, Frhr. v. Freytagh-Loringhoven, Dr. Hanemann, Dr. Hugenberg, Laverrenz, Frau Lehmann, Dr. Oberjohren, Dr. Quack, Rieseberg, Schmidt-Hannover, Soth, Dr. Spahn, Dr. Steiniger, Stubbenhoff, v. Troilo, Dr. Wienbed. Nicht mitgestimmt haben von den Deutschnationalen die Abgeordneten Biener, Graf zu Eulenburg, Golz, Goldacker, Graef-Thüringen, Frau Mueller-Dixted, Wege, Wolff-Stettin. Die übrigen Deutschnationalen haben dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Bei den Regierungsparteien fehlten: vom Zentrum die Abgeordneten Imbusch, Dr. Raas (Trier), Schlaß, Tremmel,

Ulshä; von der Deutschen Volkspartei Abg. Komplex; von den Demokraten die Abgeordneten Erkelens, Dr. Haas-Baden, Meyer-Berlin; von der Christlich-Sozialen Partei Abg. Rößler; von der Christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaft und von der Agrarischen Volkspartei fehlte niemand. Mit Ja stimmten ferner die Deutsche Bauernpartei, von der die Abgeordneten Oberer, Dr. Fehr-Wülken und Handl fehlten. Die Deutsch-hannoversche Partei stimmte geschlossen mit Ja, ebenso die beiden Abgeordneten der Volksrechtspartei sowie der parteilose Abg. Bruhn. Von den Kommunisten fehlten die Abgeordneten Hecker, Pfeiffer und Thälmann.

Bei der Abstimmung über die Mineralwassersteuer wurden 464 Stimmentel abgegeben, wovon drei unglücklich waren. Von den 461 gültigen Stimmen lauteten 227 für, 223 gegen das Gesetz. Der Abg. Dr. Strachmann (Dnat.) hat sich der Stimme enthalten. Geschlossen dafür stimmten die Regierungsparteien. Geschlossen dagegen stimmten die Sozialdemokraten, Kommunisten und Nationalsozialisten, ferner der milde Kommunist Großsch-Velpzig. Weiter stimmten dagegen von den Deutschnationalen 10 Abgeordnete: Dr. Agona, Dr. Bang, Berndt, Bartenwerffer, Fr. Everling, Frhr. v. Freytagh-Loringhoven, Dr. Hanemann, Dr. Hugenberg, Laverrenz, Frau Lehmann, Dr. Oberjohren, Dr. Quack, Rieseberg, Schmidt-Hannover, Soth, Dr. Spahn, Dr. Steiniger, Stubbenhoff, v. Troilo, Dr. Wienbed. Mit den Regierungsparteien dafür stimmten 35 Deutschnationale Abgeordnete, 5 Abgeordnete der Deutschen Bauernpartei, die Deutsch-hannoversche Partei, die Volksrechtspartei und der parteilose Abg. Bruhn.

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelens, der infolge Krankheit an den letzten Verhandlungen des Reichstags nicht teilnehmen konnte, soll wie der „Soz. Pressedienst“ erzählt seiner Reichstagsfraktion mitgeteilt haben, daß er sich im Falle der Anwesenheit bei den Abstimmungen über die Zölle vorlagen auf keinen Fall der Haltung seiner Fraktion anschließen würde. Die demokratische Fraktion hat den Gesetzen aus Angst vor Neuwahlen zugestimmt.

An der Schlußabstimmung des Reichstags über das Gesetz, das die Biersteuer und die Umsatzsteuer umfaßt, beteiligten sich 453 Abgeordnete. Der Gesetzentwurf wurde mit 228 gegen 223 Stimmen angenommen. Gegen den Gesetzentwurf stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, der fraktionslose Kommunist Großsch-Velpzig sowie folgende 20 Deutschnationale: Agona, Bang, Berndt, v. Bartenwerffer, Everling, v. Freytagh-Loringhoven, Hanemann, Hugenberg, Laverrenz, Frau Lehmann, Oberjohren, Quack, Rieseberg, Schmidt-Hannover, Soth, Spahn, Steiniger, Stubbenhoff, v. Troilo, Wienbed. Mit den Regierungsparteien stimmten für das Gesetz 38 Deutschnationale, die Deutsche Bauernpartei, die Deutsch-hannoversche Partei, die beiden Mitglieder der Volksrechtspartei und der fraktionslose Bruhn. Die Abgeordneten, die nicht mitstimmten, waren die gleichen wie bei der Abstimmung über die Tabaksteuer.

Interessante Einzelheiten aus der Reichstagsitzung

Berlin, 14. April. (Eig. Bericht.)

Seit die geeinte und starke Sozialdemokratie in Opposition getreten ist, gestaltet sich das politische Leben in Deutschland spannend. Seit 10 Tagen steht der Reichstag im Mittelpunkt des gesamten politischen Interesses in Europa. Vom Sonnabend mittag bis in die Nachmittagsstunden des Montag wurde der Reichstag von einer ungeheuren Hochspannung beherrscht. Vielleicht hat er in den 60 Jahren seines Bestehens kaum jemals ein so hartes Ringen um die letzte Entscheidung, auch um die Frage, ob Auflösung oder nicht erlebt.

Vom Sonnabend vormittag an gaben sich alle Fraktionen die erdenkliche Mühe, jeden Abgeordneten heranzuholen, dessen Gesundheitszustand die Reise erlaubt. Mit jedem neu in Berlin einlaufenden Jugo versöhnten sich die Chancen, einmal zugunsten der Regierung. Allmählich rechnete man eine Mehrheit von 3, von 5 oder gar 6 Stimmen für die Regierung heraus. Gegen 1 Uhr war die Sozialdemokratische Fraktion bis auf 11 fehlende Mitglieder versammelt. Es wird jeder sozialdemokratische Abgeordnete, der bei dieser Abstimmung fehlte, vor seinen Wählern nachzuweisen haben, ob ihm wirklich die Reise nach Berlin ganz unmöglich gewesen ist.

Eine gefährliche Schaufelrede hielt dann der Zentrumsabgeordnete Dessauer. Er erklärte sich mit der Tendenz der Hilferding'schen Rede einverstanden. In der Tat kann ja auch niemand mit vernünftigen wirtschaftlichen Anschauungen dem widersprechen, was Hilferding vorgetragen hat. Dessauer meinte aber, daß nun einmal in jeder großen, auf Jahrzehnte sich abspielenden Entwicklung acute Fälle eintreten könnten. Schöne Zwischenfälle, die vom Volke mit Milliarden bezahlt werden müssen!

Bei der Debatte über die Warenhaus- und Konsumvereinststeuer war folgendes bemerkenswert. Moldenhauer hatte sich die Auskunft erlaubt, die Konsumvereinststeuer ja schon dadurch begünstigt, daß sie keine Körperschaftsteuer bezahlen müßten. Jetzt erwiderte ihm, er nehme dem Reichsfinanzminister bei seiner kurzen Amtsdauer nicht übel, wenn er nicht wisse, daß alle Genossenschaften, nicht nur die Konsumgenossenschaften, von der

Körperschaftsteuer befreit seien. Wenn der Reichsfinanzminister ein gerechtes Steuerprinzip anwenden wolle, brauche er ja die erhöhte Umsatzsteuer fallen zu lassen und dafür die Körperschaftsteuer für alle Genossenschaften aufzuheben. Dann wäre natürlich die landwirtschaftlichen und die mittelständlichen Genossenschaften genau so befreit wie die Konsumgenossenschaften. Das aber dürfe man nicht und deshalb sei wirklich eine Steuer gegen die Konsumvereinststeuer gerechtfertigt. Gegen die Konsumvereinststeuer unter stürmischem Händeln der sozialistischen Fraktion mit der Aufforderung, daß Arbeiter im Lande nun erst recht den genossenschaftlichen Banken pflegen und nicht mehr bei den Schiebern laufen, die die Konsumvereinststeuer gegen die Arbeiterklasse zu beschlagnahmt seien.

Um 3,35 Uhr entwickelte sich die erste Kampfparade, die sich um die Zahlungsfristen für Tabak- und Zuckersteuern handelte. Es zeigte sich, daß die Angelegenheit des Parteiführers nicht mehr ausreicht, um die Unterstützung für namentliche Abstimmung zu schaffen.

Nun ruft der Präsident Löbe die Biersteuer auf. Die gewaltige Bewegung geht durch das Haus. Hinter dem Reichstagskanzler steht der Staatssekretär des Reichspräsidenten Meißner. Das ist die Abstimmung, die das Schicksal herausfordert. Die Entscheidung liegt bei den Bayern. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Prälat Leicht, erhebt sich und schwingt die weiße Ja-Karte. Also ist die Bayernfront aus dem Reichstagsaufmarsch zusammengebrochen.

Die Bayerische Volkspartei stimmt geschlossen auf den letzten Mann für die Erhöhung der Biersteuer. Im Hintergrunde des Saales aber sitzen die drei Mitglieder der Bayerischen Bauernvereins. Wie werden sie stimmen? Sie sind vereint mit dem Interesse des ganzen Reichstages auf die Splittergruppe. Die Herren Eisenberger und Gander sind aus den oberbayerischen Bergen bestimmet in dieser Stunde die Entscheidung über die deutsche Politik. Nicht umringen schon diese Abgeordnete die bayerischen Bauern. Nichts klaffen einige bürgerliche Abgeordnete erst in die Hände. Die bayerischen Bauernbündler haben weiße Karten abgegeben. Die bürgerliche Reichstagsmehrheit und der Reichstagskanzler Brüning sind gerettet.

Zu einer bösen Viertelstunde für das Zentrum und für die christlichen Gewerkschaftsführer wird die namentliche Abstimmung über die Absicht des Regierungsbüros, die Ueberweisungen aus den Zoll-Einnahmen für die Invaliden-Versicherung um 20 Millionen Mark zu kürzen. Im Jahre 1925 hat das Zentrum diese Ueberweisungen eingeführt, um sich vor den Wählern für die Zollerhöhungen zu rechtfertigen. Jetzt, wo die Führung des Zentrums und des Landbundes die Zoll-Einnahmen um viele hundert Millionen Mark gekürzt werden, wollen das Zentrum und die übrigen bürgerlichen Parteien die Ueberweisungen an die Invalidenversicherung aus den Zoll-Einnahmen um 20 Millionen kürzen. Es ergibt sich, daß 240 Abgeordnete 204 Abgeordnete gegen diese soziale Verschlechterung stimmen.

Ein minutenlanges Durcheinander gibt es in der Regierungslager, als über eine Entscheidung abgefragt werden soll, die von der Reichsregierung die Einleitung von Verhandlungen über höhere Verträge zöl für Erzeugnisse des Weinbaues, des Gartenbaues usw. verlangt. Also die Absicht einer weiteren Erhöhung der Lebensmittelpreise auf breiterer Grundlage. Eine Anzahl Zentrumsabgeordneter und Demokraten kämten zunächst, sich für diesen Antrag zu erheben. Schließlich aber fast das ganze Zentrum für diesen Zollantrag auf. Auch Demokraten erheben sich allmählich.

Drei Bombenattentäter verhaftet

Altona, 14. April. (Eigener Drahtbericht.)

Die Untersuchung der Bombenattentate von Diderichsen und Neumann hat zu insgesamt vier Verhaftungen geführt. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Saft Koch, der Chemiker Hellmann, die Kaufleute Müller und ein gewisser von Willemowitz. Die Sprengstoffladungen wurden noch den bisherigen politischen Ermittlungen in einer Hamburger Wohnung zusammengestellt und in Kraftwagen an den Tatort befördert. Die Verhafteten, sämtlich dem Bervoll angehören, geben ihre Täterhaft zu.

Eine erfreuliche Entscheidung

Der preussische Disziplinarhof für die nicht richterlichen Beamten hat entschieden, daß ein Staatsbeamter sich eines schweren Dienstvergehens schuldig macht, wenn er sich weigert, am Verfassungstag seine Dienstwohnung zu verlassen. Die Entscheidung war dadurch veranlaßt, daß ein Geistlicher eine Strafanklage die Verfüzung des Justizministers, wonach am Verfassungstag auch die staatlichen Dienstgebäude zu verlassen sind mit der Begründung abgelehnt hatte, daß er durch das Anbringen einer schwarz-rot-goldenen Flagge in seiner Dienstwohnung ein einseitiges politisches Bekenntnis ablege.

Giganten der Landstraße

Ein Reifahrer-Roman von André Keuze. Autorisierte Uebersetzung von Fred A. Ungermayer. Copyright by Büchergilde Gutenberg Berlin.

7) [Nachdruck verboten]

Wieselgeschwindigkeit kaufte nun der Wagen auf der einsamen Straße weiter und ratterte durch verschlafene Dörfer, wo nur noch einzelne Schatten vor erleuchteten Wirtschaftstüren zu sehen waren. Von Zeit zu Zeit tauchten immer wieder Spagierblätter auf. Nachts alle bemerkt einpaar. Boast stoppte den Wagen.

Wir müssen warme Sachen anziehen!

Die große Stille der Nacht übernahm.

Sweater, Überweihen, wollene Halstücher, Decken und Thermosflaschen wurden aus dem Gepäc genommen. Ein Radfahrer machte neben dem Auto halt.

Kommen sie bald?

Ja!

Es war ein schmächtiger, etwa sechszehnjähriger Arbeiter, in blauer Drillhose, barhäuptig und mit auf die Stirn geschobener Schußwolle. Unter seiner Jacke trug er einen fadenförmigen Baumwollwetter. Bananen lugten aus seiner Tasche.

Ich hab' ja ganz schön getrunken! Gestern abends um acht bin ich von Paris abgefahren!

Er sah in eine Banane.

Und wie weit willst du denn noch mit. Kleiner?

Am liebsten möcht' ich bis Antens paddeln! Sind denn noch alle Kanonen in der Spize?

Fast alle!

Juhuu!

Und schon hatte ihn die Nacht verschlungen.

Nun erwarteten Ravelle, Mainguy und Boast schweigend die Fahrer.

Die Schenke in Waden, laut Ravelle, war eine tolle Sache, nicht wahr, sie sind alle da?

Endlich lag das langweilige Feld höher. Chouillard, der die Spize hatte, kam an den Wagen.

Schau dir das an, von Paris nach Waden, das ist ein Wunder!

Ich hab' ja ganz schön getrunken! Gestern abends um acht bin ich von Paris abgefahren!

Er sah in eine Banane.

Die Gruppe vergrößerte sich zusehends, und selbst abgehängte Mannschaften vermochten wieder aufzustehen.

Das Auto rollte gegen Montblond.

Rosa Schimmer begann am Horizont das Graugewölke zu überglimmen, und aus dem Halbdunkel der Dämmerung wuchsen Bäume und jubilierten Vogelstimmen. Der Wagen sauste durch schneidend kalte Morgenluft.

Im rascherflühenden Frühlicht logen friedlich schlummernde Bauernhäuser.

Gottes Harmonie durchklang die erste Tagesstunde.

Drei Fahrer war es gelungen, dem Feld zu entweichen.

Nun raffen sie dahin wie Tiere vor dem Wüstensturm. Ein riesiges, ein weißgelbes und ein dunkelblaues Tritol mit weißem Stern. Eine flante, eine stämmige und eine wuchtig-gelbe Stille.

Beim Durchfahren des kleinen Städtchens Sottelville-jur-Mer bot sich der rasende Meute des Gelmsfeldes unerwartet ein aus gefärbten Sägespänen und halbverwelkten Blumen bestehender Teppich dar. Eine fromme Prozession war eben hier vorübergezogen, und noch standen, in aufgelösten Gruppen, viele Menschen umher und wurden vom Wirbelwind der Rennfahrer überflutet. Die nun etwa zwanzig Sekunden dauernde Verwirrung benötigten einige Fahrer, um die heißerleuchtete Sprengung des Feldes herbeizuführen. Allerdings fielen die meisten wieder zurück, da die drei Führer ein mörderisches Tempo anschlugen.

Auf diese Weise verschwanden alle Schauplätze, die im Augenblick nichts zu sagen wußten, hinter die Kulissen.

Drei aber waren an der Spitze und flohen in toller Jagd durch brennende Sonnenglut.

Der Richtigste ist Grimpart, erklärte Ravelle, ein Pariser Kind, der trotz seines schwächlichen Aussehens oft erstaunliche Energie aufbringt, ohne das man weiß, woher er sie nimmt! Er ist ein unglaublicher, eigentlich brillanter Mann. Der Teufel mit diesem Stern ist der unerleuchtete Rabouret, jenes Verbilligungsverfahrens, das ich Ihnen gestern abend zeigte.

Der dritte, im weißgelben Tritol, ist der frühere Matrose Le Bayer und hat das Zeug zu ganz großer Klasse in sich. Wenn die drei ihren Fortschritt ausdehnen, kann es nun sehr interessant werden!

Wie ist es möglich, fragte Mainguy, daß ein dreiflügeliger Fahrer wie Grimpart stärker als Lampier, Blanc-Ressit, Leguette und die wirklichen Felder der letzten Nacht sein kann?

Ja, mein Lieber, das ist eines der Geheimnisse mensch-

licher Spannkraft! Vermutlich hatte Grimpart keinen Defekt, fühlte sich frisch und hatte einen besonders guten Tag! Uebermorgen gibt er vielleicht schon auf! Dieses ganze Rennen besteht aus solchen Formschweifungen, die sich innerhalb eines ganzen Monats wieder ausgleichen!

Kommt es Ihnen nicht auch vor, als ob die drei jetzt ein untereinander ausmachten?

fragte Mainguy.

Klar! erwiderte Boast. Jetzt wird's richtig! Nun wird das Ding gedreht! Es sind noch fünfzig Kilometer bis ans Ziel und nur, wenn sie sich einig sind, werden sie's schaffen!

Ravelle ergänzte:

Unsere Ausreißer besprechen jetzt untereinander die ersten Plätze der Gruppe, denn so kommt wenigstens jeder seinem eigenen Anteil. Immerhin gibt's für die drei ersten 2000, 1000 und 500 Franken, also nach Adam Riese 3500 Franken und das macht, geteilt durch drei, 1166,67 Franken pro Kopf, vor allem auf Nummer Sicher!

Und dafür quälen sich die armen Teufel so ab?

Das ist doch besser als gar nichts, lieber Freund! Wenn auch im Radport die Kanonen auf die Dauer wohlhabende werden, darf man doch nicht vergessen, daß die große Masse der Fahrer für Spottgeher fährt!

Ravelle zeigte mit dem Daumen nach hinten:

Die wirklichen Grobherdener sitzen nicht auf Rad, sondern hüßig warm in den Begleitautos! Ein getreues Abbild des Lebens!

Mainguy hatte seit Paris alle Whalen des Rennens verfolgt und war sehr überrascht, daß die ganze Sache so plötzlich ein anderes Gesicht bekam und sich, jeder Voraussicht jähwider, auf drei Fahrer, die man bisher kaum beachtet hat, reduzierte.

Die rasende Schnelligkeit der drei elektrifizierte ihre Umgebung. Menschen, die auf Bahndämmen standen, wühlten unter Verfallstufen herüber. Meerwind hauste die hellen Kleider der Frauen und gaulte das Haar der Männer. Ein zwanzig Meter hinter den drei Ausreißern tauchten die Begleitautos wie rasende Sturmwagen aus Staubwolken auf. Sie schoben dicht nebeneinander, daß sie sich fast stritten. Durch diese Turbulenzen lie die eroberte Strecke ab. Auf einem der Wagen kam brandend wie ein Maschinengewehr, der Kurballast einer Firma. Unabhängig heulten die Hüpen durch Wirbelwollen Staub, wie Schiffspieren im Nebel.

(Fortsetzung folgt)

Die Berliner Presse im Ergebnis des gestrigen Tages

Die Reichspresse ist mit den Erfolgen Hugenburgs bei den Abstimmungen im Reichstag zur Deutungs- und Agrarfrage noch nicht zufrieden. Der Hugenburgische „Tag“, das Endziel des politischen Einflusses der internationalen Reichstagsfraktion sei, das Zentrum zu zwingen, in Preußen sich von der Demokratie zu lösen, denn darin liege überhaupt die Voraussetzung für jede wirkliche Agrarreform. Wenn die deutsch-nationale Politik unter Hugenburgs Führung es nicht habe, daß jetzt noch vor Ostern das Agrarprogramm angenommen würde, so seien das Moratorium und die Verringerung der Preußenkasse leider noch nicht erreicht. Sie seien zu erst gewesen, wenn die deutsch-nationale Reichstagsfraktion den genug befehlen hätte, der Führung der Partei- und Agrarverbände bis zum letzten Augenblick zu folgen. Es sei die länderliche Vertreter der Partei der stärkste Druck ausgeübt worden. Das scheint gerade dann nicht verständlich, wenn die landwirtschaftlichen Organen geäußerte Auffassung zu dem Kurswechsel im Reich und Preußen anstrebe. Denn dann die Vertreter dieses politischen Zieles im Kabinett um alles tun müssen, um sich eine geschlossene deutsch-nationale Opposition zu erhalten, bis das Zentrum in Preußen Kurswechsel zum Reich gemacht worden war.

Die Hugenburg-Blätter stellen mit Genugtuung fest, daß das Schicksal der Regierung Brüning in Hugenburgs Hand liegt. Gegenüber den Versuchen, die internationalen Partei zu zerlegen, zu welchem Zweck das Zentrum Brüning gegründet worden sei, betonen sie, daß es so, es jetzt war, nicht weitergehen dürfe. Um der nationalen Bewegung willen dürfe die Schlagkraft der deutsch-nationalen Partei durch deren Reichstagsfraktion nicht weiter lahmgelassen werden. Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der Unabhängigen, klagt es sei tief bedauerlich, daß die deutsch-nationale Reichstagsfraktion sich nicht wieder zu einer politischen Einheit zusammengefunden habe, obwohl doch nach ihrem Ausbruch am Sonntag klar geworden sei, daß eine Reichsausschließung in diesem Augenblick auch von Standpunkt der Partei der schwerste Schaden gewesen wäre. Wie sich die Fortsetzung des Zweipakts in der Reichstagsfraktion für die Gesamtheit auswirken werde, sei noch völlig unklar. Jedenfalls müsse die Grundlage, auf der das Kabinett Brüning-Schleie die Lamentstürme dieser Tage bekämpft habe, bis zur Sicherung des eigentlichen Zieles der Landwirtschaft gesichert und ausgebaut werden. Schon die Verhandlungen, die nach dem Wiederantritt des Reichstages im Mai beginnen, würden das Kabinett von neuem vor die Gefahren stellen, die in den parlamentarischen Kämpfen der letzten Tage mit Not und Mühe überwunden worden seien und damit auch die Landwirtschaft vor die Gefahr der Ertrümmung von einem Unwetter wie sie der Reichsagrarminister Schleie durchgelebt habe, wieder rückgängig gemacht werden würde, ehe ihr eigentliches Ziel, die Auswirkung auf die kommende Ernte, erreicht sei. Immerhin müsse betont werden, daß nur eine entschlossene Durchführung dieses schwierigen Problems bis nach Verwertung der Ernte der Landwirtschaft wieder festen Boden unter die Füße geben könne.

Zur angeblichen Spaltung der deutsch-nationalen bemerkt die „Vorwärts“: Die bürgerliche Mitte sucht die Tatsache des Zusammenbruchs des Kabinetts Brüning durch den Hinweis auf die Spaltung der deutsch-nationalen zu verdunkeln. Demgegenüber sei die Frage gestellt: Wo ist diese Spaltung? Diese Spaltung bestehe darin, daß unter vorübergehender latenter Annäherung von der immer schwächer werdenden Hugenburg-Gruppe deutsch-nationalen sich als starke Bundesgenossen für jeden Momenten Anschlag einer Reichsregierung zur Verfügung stellen. Die Entwicklung in ihren Reihen bestehe lediglich darin, die agrarischen Überbleibsel der „nationalen Opposition“ in der Reichstagsfraktion zu werfen, um an der Willensbildung gegen die Arbeiterschaft teilzunehmen zu können. Am reaktionären Charakter dieser Partei als Vertreterin des östlichen Grundbesitzes und als Feindin des politischen und sozialen Aufstiegs der Arbeiterschaft habe sich nichts geändert. Wer wollte behaupten, daß sich die Schleie und Wehner zur bürgerlichen Mitte wendeten hätten? Das Gegenteil ist richtig: die bürgerliche Mitte wendet sich dem Druck und den Forderungen dieser Klasse unterzogen, um ohne und gegen die Sozialdemokratie regieren zu können. Das ist eine entscheidende Wendung, die es nicht verbietet werden kann durch die Behauptung, daß die Gründe das Finanzprogramm der Regierung Brüning dem Agrarprogramm der Regierung Müller ähnlich sei. An zwei entscheidenden Punkten tritt diese Wendung im Deutungsprogramm vor: in der Nationalisierung der Arbeitslosenversicherung und in jeder Besteuerung der Konsumvereine, aus beiderem Sinn der sogenannten Wirtschaftspartei gegenüber der Arbeiterschaft geboren und von der gesamten Nation begrüßt worden ist, weil man der Arbeiterschaft die Faust des Hungerbrotts zeigen wollte. Diese Steuer weist wie eine Fahne der neuen Bürgerblock, die die Absicht der Bebrückung der Arbeiterschaft zeigt.

Die demokratische Presse weist in ihren Betrachtungen zum Abstimmungsresultat auf die frühege Wats des Kabinetts Brüning hin. Die „Börsen-Zeitung“ schreibt, die konservativen Elemente auf der Rechten, an die Brüning Anschlag geübt habe, hätten im allergeringsten Falle 31 Stimmen zur Verfügung stellen und auch dann lämen nur mit einer außerordentlichen Kraftanstrengung winzige Mehrheiten zustande. Das deutet: auch die Spaltung der deutsch-nationalen schaffe der Regierung keine parlamentarische Mehrheit, selbst wenn die Unterstützung von rechts die Verabschiedung des Agrarprogramms übernehmern sollte. Der Tag sei nicht mehr fern, an dem der Reichsagrarminister darüber reden müsse, ob er sich lieber fürzen lassen wolle oder dem Sturz durch die Schaffung einer tragfähigen Basis vorzuziehen. Der politische Sinn der letzten Wochen bestehe in dem Bewusstsein, daß es nach dem Willen des deutschen Volkes nur eine wirklich aktionsfähige Regierung gebe, eine, die getragen werde von den Parteien, die das Reich von Weimar bejahen und erhalten wollen.

Bestrafter Verleumder

Der verantwortliche Redakteur der kommunistischen „Samtger Volkszeitung“ wurde am Montag wegen Verleumdung und Bestrafung zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Im Januar hatte die „Hamburger Volkszeitung“ behauptet, daß bei der Verwaltung des Hamburger Gewerkschaftshauses große Unterschlagungen usw. aufgedeckt worden seien. Eine Aufschlüsselung der Gewerkschaftskassen m. H. H. habe sich mit dem sozialistischen Korruptions- und Verfallskandal beschäftigt, obwohl eine bezügliche Sitzung niemals abgehalten hat. Wahrgenommene Persönlichkeiten der Hamburger Gewerkschaftsbewegung wurden gleichzeitig in der gemeinsten Weise beleidigt und verächtlich gemacht.

In der Begründung des Urteils wird festgestellt, daß die Verleumdungen vollständig aus der Luft gegriffen sind.

Einigkeit im Reichsbanner

Magdeburg, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Bundesvorstand des Reichsbanners beschloß am Montag mit der politischen Lage. Die Aussprache ergab völlige Einmütigkeit insbesondere auch hinsichtlich jener Frage, die in letzter Zeit von einigen ultralinken Zentrumsblättern zur Debatte gestellt worden war. Nach Ostern wird der Bundesvorstand des Reichsbanners mit einem Aufruf vor die Öffentlichkeit treten.

Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten waren zu den Beratungen vollständig erschienen.

Snowdens Budget

London, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag legte Schatzkanzler Snowden dem Unterhaus das Budget vor.

Von der Arbeiterpartei mit lebhaftem Beifall begrüßt, verlas Snowden seine ungewöhnlich kurze Budgetrede. Die erwarteten Überraschungen und Steuererleichterungen brachte Snowden dem Budget nicht. Der Schatzkanzler entfernte sich von der herkömmlichen Linie der britischen Budgets am Montag noch weniger als im Jahre 1924. Der Ausgangspunkt seines Budgets ist ein Defizit von 290 Millionen Mark. Er hat sich deshalb gezwungen gesehen, verschiedene Steuererhöhungen vorzunehmen, obwohl das Budget an sich mit 15700 Millionen Mark balanciert und es damit aus dem Wirtschaftskörper 500 Millionen Mark weniger herauszuholen, sucht, als das letzte konservative Budget. Die notwendige Mehreinnahme nimmt Snowden in seinem Budget auf eine steuerpolitisch durchaus „orthodoxe“ Weise. Die wichtigste Maßnahme ist eine Erhöhung der Einkommensteuer um 25 Prozent; Snowden hat diese Steuer jedoch so veranlagt, daß sie drei Viertel aller Einkommensteuerpflichtigen, also die Personen mit kleineren Einkommen, überhaupt nicht berührt. Eng verknüpft hiermit ist eine geringfügige Erhöhung der Besteuerung für alle Personen mit einem Jahreseinkommen von über 40000 Mark. Auch die Erbschaftsteuer hat Snowden nicht in dem Maße erhöht, wie man erwartet hatte. Lediglich bei einem Erbgut von 40 Millionen Mark und mehr tritt eine Steuererhöhung, und zwar von 40 auf 50 Prozent ein. Dagegen hat der Schatzkanzler eine kleine Erhöhung der Biersteuer vorgenommen, die allerdings nach seiner Auffassung nicht auf die Konsumenten abgewälzt werden wird. Die ohnedies sehr niedrige Steuer auf Kennzeichen, Totalsatzen und auf Telephone der Buchmacher wird völlig abgeschafft. Die Gründe hierfür liegen in der Auffassung der Arbeiterpartei, daß der Staat aus der unmoralischen Wettilebensweise keinen Profit ziehen darf. Im übrigen zeigt sich der Wunsch nach einem möglichst soliden Budget in der Tatsache, daß Snowden die Industriezölle und die sogenannten Mac Kenna Zölle auf die Einfuhr von Waren, Automobilen und optischen Instrumenten nicht abgeschafft hat.

Alles in allem genommen dürfte das Budget lediglich wegen der Einkommensteuererhöhung ernsthafte Widerstände auf bürgerlicher Seite wecken. Es kann jedoch als wahrscheinlich gelten, daß Snowden sich in dieser Richtung vielleicht sogar der Zustimmung des liberalen Führers von vornherein versichert hat. Snowdens Budget ist das Budget einer Regierung, die über das gegenwärtige Finanzjahr hinaus im Auge zu bleiben gedenkt und keineswegs durch ein soziales Kampfbudget eine Wahlparole zu finden wünscht.

Kakenjammer in Frankreich

Mit der Abreise Briands aus London, die am Montag nachmittags erfolgte, ist das Kapitel der Londoner Flockenkonferenz für Frankreich geschlossen.

Leht macht man sich daran, von Paris aus die Schlußbilanz dreimonatlicher fruchtloser Verhandlungen und Aneinander-Vorbeiredens zu ziehen. Die Stimmung ist heute in Frankreich, da nur noch eine Formalität bis zum endgültigen Begräbnis der Konferenz zu erledigen ist, noch freudloser und pessimistischer als zu Beginn der Konferenz. Zwar las man vom ersten Tage an in der französischen und sogar in einem Teil der Auslandspresse nur von ununterbrochenen Erfolgen der geschickten Verhandlungstaktik der französischen Delegation und von den fortgesetzten „Siegen“ der französischen Delegation. Heute aber gibt sich in den hiesigen politischen Kreisen kaum noch jemand einem Zweifel darüber hin, daß diese „Siege“ Pyrrhusstöße waren und die französische Politik der nächsten Jahre und vielleicht der nächsten Jahrzehnte schwer unter der Bürde, die sie von der Londoner Konferenz mit auf den Weg bekam, zu tragen haben wird. Auf die raudschonsten Wrafsen Tardieus, der noch vor drei Tagen in der Kammer auf einen Angriff Leon Blums zu erwidern wagte, Frankreich könne auf die in London erzielten Ergebnisse stolz sein, ist der allgemeine politische Kakenjammer gefolgt.

Die Londoner Ergebnisse müssen sich nach zwei Seiten sehr zu Ungunsten Frankreichs auswirken! Einmal durch das Scheitern aller in London von französischer Seite unternommenen Versuche, mit dem einstigen Allierten England wieder ein wärmeres Verhältnis herzustellen. Die Ablehnung der französischen Initiative um den Zutritt Englands zu der französischen Interpretation des Artikels 16 der Völkervereinbarung, war nur das letzte Glied in der fortwährenden Abkehr Englands von der französischen Politik, die mit dem Sturz der konservativen begann, sich über den Haag und Genf fortsetzte und nach dem englisch-amerikanischen Flottenabkommen in London den Schlußpunkt bekam. Diese fortwährende Isolierung Frankreichs ist um so bedenklicher, als London zugleich auch die Zuspitzung des italienisch-französischen Gegensatzes bedeutet. Diese Verunkelung des politischen Horizontes wird von den wirtschaftlichen und budgetären Belastungen unterstrichen, die sich bei näherer Betrachtung als die realpolitische Seite des angeblichen Sieges in der Frage der uneingeschränkten Flottenbaumöglichkeiten Frankreichs erweisen. Denn dieser Handlungsfreiheit Frankreichs steht dieselbe Handlungsfreiheit auf italienischer Seite gegenüber, wo man sicher nichts unversucht lassen wird, um die, durch Frankreichs Halsstarrigkeit ermöglichte, Unbeschränktheit der Flottenaufrüstungen zu einer möglichst großen Annäherung der faschistischen Seemacht an die französische Flotte auszunutzen. Der französische Steuerzahler wird über diesen Sieg der „geschickten Diplomatie“ Tardieus noch manches Lied zu singen haben.

Tardieus, der aus rein persönlichem Ehrgeiz Briand in den Hintergrund zu drängen wußte und die Leitung der französischen Außenpolitik gewaltig an sich riß, wird allein die Folgen für den Mißerfolg der Londoner Flockenkonferenz zu tragen haben.

Neuer Konflikt zwischen Kommune und Senat in Frankreich

Um des Sozialversicherungsgezetzes (Eig. Juntbericht.) Paris, 15. April. (Eig. Juntbericht.) Zu dem Konflikt zwischen Kammer und Senat über das Budget ist nun in den letzten Tagen vor den Osterferien noch ein neuer Konflikt über das Sozial-

versicherungsgezetzes hinzugekommen. Die Sozialkommission der Kammer hat am Montag die Durchführung der vom Senat genehmigten Novelle zum Sozialversicherungsgezetzes erledigt und dabei wieder eine Reihe grundsätzlicher Änderungen vorgenommen. Der Senat hatte die Sozialversicherung ausschließlich auf den privaten Organisationen aufgebaut und dem Staat ein nur beschränktes Kontrollrecht gelassen. Die Sozialkommission der Kammer hat jetzt das staatliche Zentralversicherungsamt, das die ausschließliche Verwaltung und Kontrolle der sozialen Versicherungen übernehmen soll, wieder hergestellt. Außerdem hat sie die Beitragsaufstellung, die der Senat nach fünf Lohnkategorien regeln sollte, wiederum auf die Höhe des Effektivlohnes abgestellt.

Diese Meinungsverschiedenheiten tiefgreifender Art lassen es, wie Leon Blum im „Populaire“ erklärt, immer unmöglicher erscheinen, daß das Sozialversicherungsgezetzes noch in den wenigen Tagen vor den Osterferien neben den neuen Steuer-nachlässen und der Betroffenkonvention erledigt wird. Das „Polit Journal“ des früheren Arbeitsministers Loucheur schlägt deshalb vor, die Kammer solle, um die Intraffekung des Sozialversicherungsgezetzes fünfzig zum 1. Juli zu ermöglichen, provisorisch einen Beschluß des Senates annehmen, unter der Bedingung, daß die Regierung die Diskussion darüber sofort bei der Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten nach den Osterferien wieder eröffne. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, in Ruhe diese wichtige Reform zu diskutieren, gleichzeitig aber könnten die Vorarbeiten für ihre Intraffekung ohne Verzögerung beginnen.

Politische Schießerei in Paris

Paris, 15. April. (Eigener Juntbericht.) Zu einer blutigen Schießerei kam es am Montagabend in Paris zwischen vier italienischen Faschisten und zwei kommunistischen Kommunisten.

Die beiden feindlichen Parteien waren schon am letzten Sonntag in dem Vorort Pantin aufeinander geprallt, wobei es eine wilde Prügelei abgab. Am Montagabend aber blieben zwei Tote und zwei Schwerverletzte auf dem Schlachtfeld. Die gegnerischen Gruppen hatten sich in einer Kneipe am Boulevard Macdonald nach längerem Suchen getroffen. Die Faschisten, die sich in der Minderheit sahen, räumten das Lokal. Die Kommunisten folgten ihnen. Zwei der Faschisten rissen aus, die beiden anderen wurden von den Kommunisten fallbühlig zusammengeschossen. Beide starben nach wenigen Augenblicken, doch hatte der eine von ihnen noch so viel Kraft, auch seinen Revolver zu ziehen und einen Kommunisten lebensgefährlich zu verletzen. Die übrigen Kommunisten machten sich nun an die Verfolgung der beiden fliehenden Faschisten und verletzten auch von diesen einen lebensgefährlich. Die Polizei konnte nur noch die beiden Toten wegchaffen und die Schwerverletzten ins Hospital schaffen. Die übrigen Teilnehmer an der Schießerei waren geflohen.

Neue Robeiten der Faschisten

Brutale Mißhandlungen der Verbannten (Eigener Bericht.) Paris, 14. April. (Eigener Bericht.)

Der sozialistische „Populaire“ veröffentlicht am Sonntag alarmierende Nachrichten von den faschistischen Strafanstalten L'ipari und Ponzo, auf denen politische Verbannten des faschistischen Regimes unter traurigen Umständen ihr Leben fristen müssen. Aus den wichtigsten Anlässen sind in letzter Zeit zahlreiche Verbannte zu hohen Kerkerstrafen verurteilt und von den faschistischen Gendarmen in der gemeinsten Art mißhandelt und geohrfeigt worden. Als am 27. Dezember des vergangenen Jahres der 64jährige politische Verbannte Jozelli von einem Militärmanne geohrfeigt wurde und daraufhin zurückschlief, wäre Jozelli von anderen Gendarmen wahrscheinlich zu Tode geprügelt worden, wenn ihm nicht im letzten Augenblick mehrere Kameraden zur Hilfe geeilt wären. Sie entrißen Jozelli den Händen der Wachen des Faschismus. Vorher ging eine regelrechte Schlägerei los und von diesem Vorfall an wurde das Leben auf L'ipari — wie der „Populaire“ weiter berichtet — unerträglich. Zwei Tage später gab ein Wachtposten aus bisher noch ungeklärten Gründen einen Schuß ab. Sofort begann ein wahres Massaker auf der Insel. Zwei Deputierte wurden durch Kolbenschläge derart zugerichtet, daß sie bald starben. Die außerordentlich hohe Zahl der Verwundeten konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden. Auch von der Zivilbevölkerung wurden 25 Personen durch die Gendarmen verletzt. Dehnlische Zustände berichtet der „Populaire“ von der Strafanstalt Ponzo.

Schiebung mit Doktorhüten

Das Berechtigungsunwesen in Deutschland zeitigt groteske Auswüchse. Wer Geld hat, kann seine Kinder auf höhere Schulen schicken, wer keine besitzt, muß sich damit abfinden, daß sie ohne Berechtigung bleiben. Die Folge ist, von allen sozialen Wirkungen abgesehen, ein Massenandrang und in Verbindung damit eine völlige Entwertung aller Prüfungen. Das zeigt sich auch im akademischen Betrieb. Wer genügend Geld hat, kann sich den Doktortitel kaufen, fehlen ihm die Voraussetzungen, so hat er immer noch die Möglichkeit, Ehrendoktor zu werden.

Der Eisen- und Stahlwarenbund in Elberfeld hatte geplant, seinen drei Vorstandsmitgliedern zum zehnjährigen Jubiläum des Bundes die Ehrendoktorwürde zu kaufen. Die Konkurrenz — in diesem Falle der Geschäftsführer des Verbandes der Reich- und Schwarzblech verarbeitenden Industrie — regte sich darüber auf und machte diese Abicht bekannt mit dem Zurufe, daß für diesen Kauf von Ehrendoktorhüten ein vom Reich zur Verfügung gestellter Ruhrschadensfonds von 100000 Mark verwendet werden sollte.

Der Vorstand des Eisen- und Stahlwarenbundes verflagte darauf die Konkurrenz wegen Beleidigung. Der Prozeß hat in diesen Tagen stattgefunden, als Zeugen waren Vertreter der Universitäten geladen, die Herren hatten jedoch vorgezogen, nicht zu erscheinen. Der Beklagte wurde freigesprochen. Die Begründung stellte fest, daß mit den Universitäten Wachen und Köln verhandelt worden sei, in Wachen seien die Verhandlungen, obwohl die Geldfrage berührt worden sei, an sachlichen Gesichtspunkten geheitert, in Köln deshalb, weil der Preis zu hoch erschien.

Die Universität Köln hatte nämlich mindestens 80000 Mark verlangt. Das war den Herren zu teuer, sie suchten den Preis zu drücken, und als die Universität Köln auf Preis hielt, kam das Geschäft nicht zustande. Auch der Preis der Ehrendoktorhüte regelt sich nach dem Gehalt des Marktes. Ist die Nachfrage sehr hoch, so schnellen die Preise in die Höhe, bis sich die Reflektanten des Geschäfts enthalten. Dann kommen die Preise langsam wieder herunter, bis es den Herren von der Industrie angemessen erscheint, was die Universitäten fordern. Es ist ein lieblicher Handel, bei dem Fakultäten von Bratpfannen und gupfelnernen Christbaumtändern, je nach der Sachlage, zu Ehrendoktoren der Geschichte, der Theologie und vielleicht sogar der Medizin werden können. Ueberhaupt: Akademische Würde!

Künftig wird, wenn einer den Doktortitel kauft, jedermann fragen: Was hast Du gezahlt?

APRIL Unbeständiges Aprilwetter gefährdet den Teint - schützen Sie ihn! Vor jedem Auszug CREME MOUSON auf Gesicht und Hände auftragen und leicht verreiben. Die Haut bleibt dadurch glatt und geschmeidig. **CREME MOUSON**

Sanftten-Anzeigen

Am 13. April 1930 verschied nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere herzlichgeliebte Mutter, Schwieger- und Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
7334
Frau Auguste Baumgart
 geb. Handke
 im Alter von 60 Jahren.
 In tiefem Schmerz
 Breslau, Oderstr. 3, den 14. April 1930
Max Baumgart als Oalle
 und Kinder, Enkelkinder u. Anverwandten
 Beerdigung: Mittwoch, 16. April, nachm. 4 Uhr, von der Kapelle III des Gräbchener Kommunalfriedhofes aus.

Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe.
 Am Sonntag, den 13. April 1930, verstarb unser Kollege, der Pensionär
Karl Herzig
 im Alter von 44 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
Die Gräberverwaltung Breslau.
 Beerdigung: Mittwoch, 16. April, nachm. 4 Uhr, von der Halle des Nikolai-Friedhofes in Cosel.

Am 13. April verschied unser wertvolles Mitglied
Herr Karl Herzig
 im Alter von 45 Jahren.
 Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Schärpenkasse der Städt. Rohrnetzbetriebe.
 Beerdigung Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nikolai-Friedhofes in Cosel.

Am 13. April verstarb plötzlich und unerwartet unser langjähriges Mitglied, der Schlosser
Herr Kari Herzig
 im Alter von 45 Jahren.
 Sein Andenken werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer, Sitz Sotha Filiale Breslau 61
 Beerdigung: Mittwoch, den 16. April, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle St. Nikolai in Cosel.

Wie der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Material und die Handbemerkungen des Kaisers 180 Seiten Preis nur 60 Pf
Volkswacht - Buchhandlung

Am Sonntag, den 13. April, früh 9 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, Vater und Sohn, der
Ofensetzer

Kurt Simon

im schönsten Mannesalter von 44 Jahren.
 In tiefstem Schmerz:
Berta Simon nebst Anverwandten.
 Beerdigung: Donnerstag, den 17. April 1930, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des St. Bernhardin-Friedhofes in Dürrgoy.

Deutscher Bauwerksbund.

Am 13. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der
Ofensetzer
Kurt Simon
 im Alter von 44 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Bauwerkschaft Breslau.
 Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des St. Bernhardin-Friedhofes in Dürrgoy.

Am Sonntag, den 13. April, verschied unser Mitglied, der
Ofensetzer

Kurt Simon

im Alter von 44 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Groß-Breslau
 Beerdigung: Donnerstag, den 17. April, nachmittags 3 Uhr, auf dem Bernhardin-Friedhof in Dürrgoy. Trauerhaus: Vorwerkstraße 33. **Distrikt 29.**

10 Rosen 4 Mark!

Ihr Gärten gewinnt durch Anpflanzung unserer Rosen. Wir liefern nur **kräftige Pflanzen**
 Buschrosen: 10 Stück in 10 Sorten RM. 4.—, 25 Stück in 10 Sorten RM. 9.—, 25 Stück in 25 Sorten RM. 10.—
 Kletterrosen in verschiedenen Sorten: 1 Stück RM. 0,75, 10 Stück RM. 7.—
 Hochstammrosen i. v. S. 75-100 cm Kronenhöhe: 1 St. RM. 1,75 10 St. RM. 17.—, 100-140 cm 1 St. RM. 2.—, 10 St. RM. 19.—
 Trauerrosen, 160-200 cm: 1 Stück RM. 4.—
 Winterharte Blütenrosen, 10 St. in 10 Sorten RM. 4.—
 Edelzahnen: 10 Stück in 10 Sorten RM. 5.—
 Jede Pflanze wird pflanzfertig mit Namen- u. Farbenbezeichnung geliefert. Versand nur gegen Nachnahme. Garantie für gute Ankunft. Beste Pflanzzeit? Je früher, desto besser! Illustrierter Hauptkatalog über Rosen, Obstbäume, Stäucher, Johannisbeeren usw. mit Kultur- und Anbauhinweisen gratis.
F. Paulsen G. m. b. H. Baumzucht Elmshorn Königsluiz 62.

Die „Frauenwelt“ den Frauen zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt“

eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 35 Pf. Zu bestellen bei alt. Zeitungsfragern

Nehme Stückgut oder ganze Ladung

(100 bis 200 Zentner) von Breslau od. Umgegend nach Neustadt OS. od. Umgegend **Im Auto-Möbelwagen** mit Rückladung vorhanden, daher billig. Angebote unter B. 785 an die Geschäftsstelle Flurstraße 4.

- Ort und Sattel** 20,00, 22,00
- Rahmen** 45,00, 30,00, 20,00, 17,00
- Reifen** 5,00, 3,95
- Regulier** 3,95, 2,95
- 97-Pedale 1.40, 1.10**
- Ultra-Batterie** 1,85
- Schuhbrille** 0,85, 0,45
- Glocke** 0,25, **Rufuhr** 0,45
- Grammophon, eich.** 2,00
- Schlauchreifen** 3,50, 2,95, 2,45
- Reife** 3. Union, Ja. 3,95
- Schlauchreifen** 6,90, 4,90
- Reife Wiperm.** 1,35
- Torpedo, eich.** 10,95
- Aus Konstruktions:** Gute Räder 59,00, 49,00
- Zubehören** 0,55

Getragene Anzüge

Leihhaus **Trebnitzer Str. 21.**

Interessante ergötzen in dieser Zeit den größten Erfolg

Für das Osterfest EXTRA BILLIGE KONSERVEN

	1 kg	1/2 kg
Spinat 1 Dose	0,48	—
Gemüse-Erbisen	0,55	0,35
Junge Erbsen	0,65	0,40
Junge Erbsen mittelfein	0,85	0,52
Junge Erbsen sehr fein	1,45	0,78
Wachsbrechenbohnen	0,60	—
Leipziger Allerlei Spezial	0,74	—
Leipziger Allerlei	0,80	—
Spargel-Abschnitte	1,60	0,88
Apfelsin	0,58	0,38
Zitrusfrüchte mit Stein	1,05	0,60
Aprikosen	1,80	1,03

Vierfrucht-Marmelade 82
 2-Pfund-Eimer

Dreifrucht-Marmelade 90
 2-Pfund-Eimer

Tilsiter Käse ohne Rinde 82
 1 Pfund in Stannol

Verkauf solange Vorrat

BARASCH

Alttestes Warenhaus im deutschen Osten

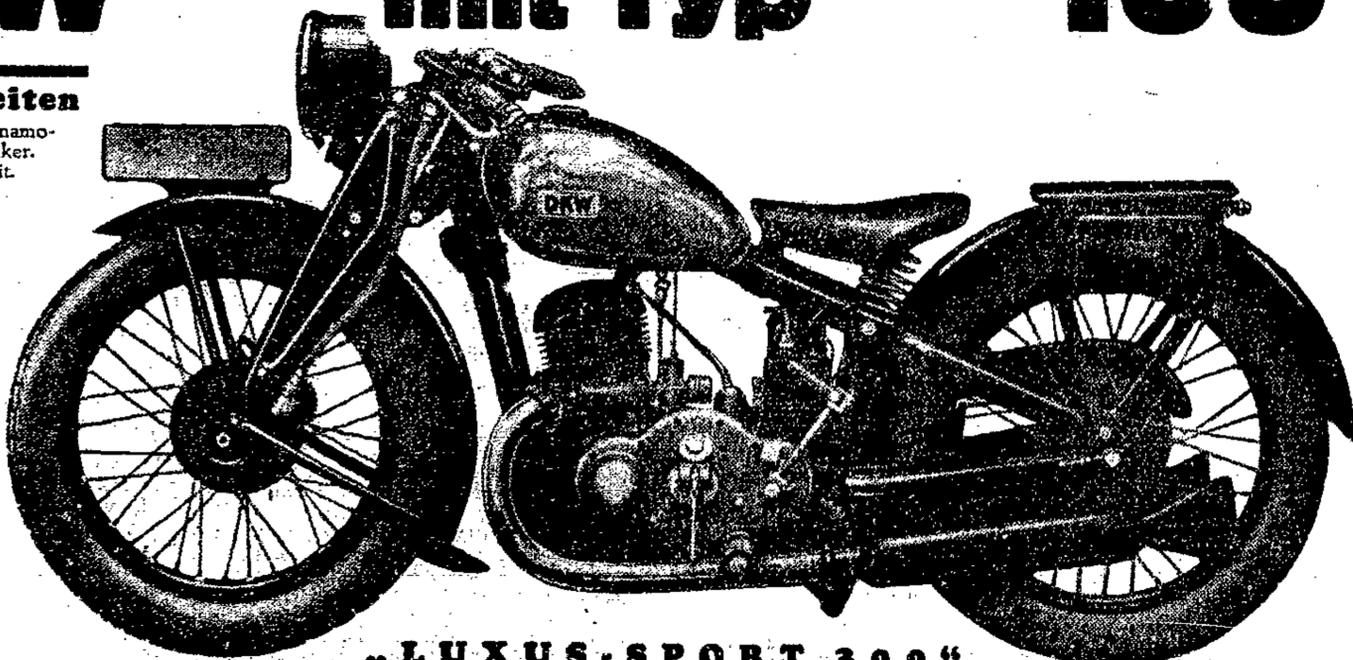
Schenke billige und gute Bücher

zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit
VOLKSWACHT - BUCHHANDLUNGEN
 Neue Graupenstr 5 / Friedr. Wilh. Str 105 / Flurstr. 4

DKW überrumpelt mit Typ 1931

Technische Einzelheiten

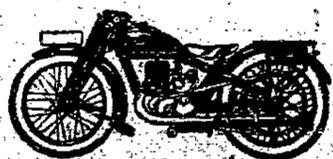
Mit doppelter Auspuffleitung, Dynamo-zündung, Blockgetriebe, Armaturen-Lenker. In diesen Worten liegt jahrelange Arbeit. Ein vollkommen neu entwickelter Motor mit zwei Auspuff-Kanälen, einem völlig neuen in Deutschland zum ersten Male auf dem Markt gebrachten Zündsystem mit automatischer Zündmoment-Betätigung, Zündschloß und 50 Watt Scheinwerfer, unserem bekannten Drei-ang-Block-Getriebe mit Oel-Kupplung und Kugelschaltung, unserem zirka 30000fach bewährten Stahlpreß-Rahmen, einem neuen Armaturen-Lenker mit eingebauter Uhr und Tachometer. Das ist



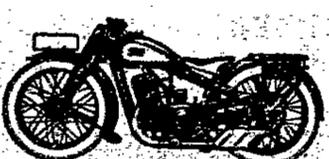
„LUXUS-SPORT 300“

Die neue 300 ccm Sport-Maschine mit Dynamo-Batterie-Zündung, Blockgetriebe, Kugelschaltung, Satteltank, Armaturen-Lenker und doppelter Auspuffleitung.

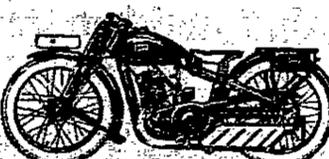
Kassapreis ab Werk RM 1050.—



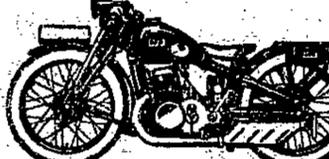
LUXUS 200
 4 Bremsen-PS, 200 ccm, Zweitakt-Blockmotor, ca. 70 km/h, Wasser- und Ölwanne, Kassapreis ab Werk RM 648.—



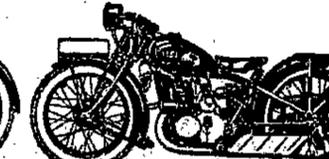
LUXUS SPEZIAL 200
 4 1/2 Bremsen-PS, 200 ccm, Zweitaktmotor mit 3 Gang-Sondergetriebe, Kettantrieb, ca. 75 km/h, Wasser- und Ölwanne, Kassapreis ab Werk RM 740.—



LUXUS 300
 8 Bremsen-PS, 300 ccm, Zweitaktmotor mit Sondergetriebe, Kettantrieb, ca. 85 km/h, Das preiswerteste Motorrad seiner Klasse. Kassapreis ab Werk RM 795.—



LUXUS 500
 14 Br.-PS, 500 ccm, Zweitakt-Blockmotor, luftgek., ca. 100 km/h. Das einzige deutsche Motorrad mit Zweitakt-Zweitaktmotor. Kassapreis ab Werk RM 1095.—



SUPER SPORT 500
 18 Br.-PS, 500 ccm, Zweitakt-Zweitakt-Blockmotor, wassergekühlt, ca. 120 km/h. Die Maschine für Solo- u. Beiwagenbetrieb. Kassapreis ab Werk RM 1385.—

Hielscher & Ahrent, Breslau 5, Tauentzienplatz 14 * Felix Korn, Breslau 13, Kaiser-Wilhelm-Straße 3/
 Fabriklager: Thorwarth & Hielscher, Breslau 2, Tauentzienstraße 41.

Für die Redaktion verantwortlich: Walter Schwabe, für die Druckerei: Max Tiedes, — Redaktion: Brändelplatz 3, — Hauptvertrieb: Flurstraße 4, — Druck u. Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., Janitz in Breslau

Breslauer Nachrichten

Stadträte und Stadtverordnete!

Mittwoch, 19.30 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses:

Fraktionsitzung

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung:
Entscheidung zu der Umwandlung der städtischen Betriebe in eine Aktiengesellschaft

Mittwoch, den 16. April, 19.30 Uhr pünktlich,

Zentralsporthaus, Westendstraße:

Versammlung der

Funktionäre und Vertreter

Einziger Tagesordnungspunkt:

„Sollen die städtischen Betriebe in Breslau künftig durch
privaten Rechts betrieben werden?“

Arbeitsopfer und Rentenabbau

Die Breslauer Arbeitsopfer Gelegenheit zu geben, zu
wie täglich gegen die deutsche Sozialversicherung Steuern
entrichtet werden, hatte der Zentralverband der Arbeitsinvaliden
Blumen Deutschlands (Ortsgruppe Breslau) in den letzten
Jahren im Hubertus-Saal eine Versammlung einberufen, die
den Besuch verzeichnete. Als Referent war der zweite Vor-
sitzende des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden und Witwen
Deutschlands, Kollege Kurt Gähler, Berlin, erschienen, der ein-
deutig betonte, daß jedem Menschen von der Natur aus der Wille
gegeben ist und er sich dagegen wehrt wenn ihm die
Arbeitsfähigkeit geschmälert werden soll. Gemeinsame Arbeit
ist die Menschen zum Zusammenhalt, unsere Organisation,
sich das jüngste Glied proletarischer Organisationen, begehrt
ein Jahr ihr 10jähriges Bestehen, und hat in den zehn Jahren
recht beachtliche Erfolge erzielt.

Die Versammlungen im Gewerkschaftshaus,
ergarten und Silesia waren ebenfalls gut besucht und
in allen Versammlungen neue Mitglieder Aufnahme
nahmen. Kollege Seibt erstattete den Kasienbericht vom ersten
Jahre 1930. Kollegin Wajunke gab den Geschäftsbericht,
dessen Inhalt die stete Entwicklung der Ortsgruppe erleben
konnte.

Blumenschmuck auf Bahnhöfen

Ein Irrweg der Reichsbahn

Anläßlich erließ die Reichsbahndirektion Breslau die nach-
stehende Verfügung:
„Die in den letzten Jahren veranstalteten Wettbewerbe zur
Schönung der Bahnanlagen haben zwar zu erfreulichen
Ergebnissen geführt, jedoch nicht in dem Maße, wie es
wünschenswert wäre. Der äußere Eindruck noch mancher Bahn-
anlagen könnte durch Anpflanzung von Blumen in Beeten, Kästen
und Töpfen wesentlich gehoben werden. Wenn auch das gleiche
Ergebnis für diese Sache nicht bei allen Bediensteten vorausgesetzt
werden kann, so besteht doch die Möglichkeit, daß Gärtnereien sich
dafür erklären, auf Bahnhöfen, Vorplätzen oder Bahnsteigen Blumen-
beete oder dergleichen kostenlos anzulegen und zu unterhalten,
wobei ihnen dafür die gebührende Anbringung eines Hinweisschildes
auf ihre Unternehmungen gestattet wird. Sollen derartige
Anträge sich dazu anbieten, so sind uns die Anträge unter Angabe
der Größe und der Aufschrift der Hinweisschilder vorzulegen.“
Zugegeben, daß die Bahnverwaltung in den letzten Jahren
ganz gut hat, um die Anlagen gärtnerisch auszuschnitten, indem
Wettbewerbe unter ihrem Personal ins Leben rief und sehr
hohe Preise in Anerkennung der aufgewendeten Arbeiten und
Anstrengungen aussetzte, so ist dennoch die gewiß in guter
Übereinstimmung stehende Verfügung als ein Irrweg zu
bezeichnen. Gerade die Gartenbaubetriebe haben unter den
unwirtschaftlichen Verhältnissen besonders zu leiden und
mehr denn je auf ein bares finanzielles Erträgnis ihrer
Arbeiten und Leistungen angewiesen. Als ein wertvolles Entgelt
für die kostenlose bzw. gebührenfreie Anbringung eines
Hinweisschildes nicht bezuschlagen. Der Wert der sogenannten
Bahnhofsblumen ist sowieso illusorisch, denn der Reisende will
aus den Hinweisschildern und Bekanntmachungen über seine
Verbindungen und andere wichtige Einrichtungen des Verkehrs
erhalten, weshalb er die Reklame als störend ablehnen muß.
Nur die eigentliche Aufgabe als Träger des Verkehrs
erfüllen. Wenn die Reichsbahn auch viel tut, um die gärtner-
ischen Bestrebungen zu unterstützen, indem sie zum Beispiel ihren
Mitarbeiter für den Schrebergärten, die meistens als
Freizeitbeschäftigung dienen, die Beschaffung der Pflanzen und Samen im
billigsten Maße ermöglicht, so sollte sie auch in ihrem
Gesamtetat von etwa einer Milliarde so viel erübrigen können,

Lobetheater und Schauspielhaus

Ein Gutachten über den baulichen Zustand und den Wert der beiden Theater

Anfang vergangener Monats wurde der Stadt von Direktor
Poewe, dem Besitzer des Schauspielhauses und des Lobetheaters,
die beiden Theater zum Kauf angeboten. Um der Stadt in der
gegenwärtigen schlechten finanziellen Lage keine Barausgaben für
diese Zwecke zu verursachen, wurde vorgeschlagen, die auf diesen
beiden Häusern eingetragenen Hypotheken zu übernehmen. Ob-
gleich, namentlich über das Lobetheater, mehrere Gutachten vor-
liegen, hat der Magistrat sich nach diesem Kaufangebot noch ein
neues Gutachten vom Regierungsrat Heinz Tiege, dem technischen
Dezernenten an der Preussischen Bau- und Finanzdirektion, an-
gefordert, das nunmehr uns vorliegt.

Das neue Gutachten äußert sich in recht ausführlicher Weise
über den baulichen Zustand und den Wert dieser beiden Theater
und gewinnt deshalb an besonderer Bedeutung, weil es, nament-
lich für das Lobetheater aufzeigt, daß ein Umbau hier nicht un-
bedingt notwendig ist und daß die notwendigen Instandsetzungs-
arbeiten selbst, also auf mehrere Jahre verteilt, vorgenommen
werden könnten. So kann das Lobetheater mit verhältnismäßig
geringen Mitteln doch noch zu einem Theater hergerichtet werden,
das wohl nicht als übermäßig modern angesehen werden kann,
aber auf Jahre hinaus noch einem nicht allzu anspruchsvollen
Theaterbetrieb genügen dürfte. Interessant ist es, zu erfahren,
daß auch das erst im Vorjahre renovierte Schauspielhaus in
manchen seinen Einrichtungen einer Nachbesserung bedarf, obgleich
der Zustand dieses Theaters als allgemein gut anzusehen ist.

Das Lobetheater

Recht viel ist bei dem nun schon 60 Jahre alten Lobetheater
herzurichten. Der Außenputz des Hauses ist zum größten Teil er-
neuerungsbedürftig, desgleichen ist ein Anstrich der Fassaden
unbedingt notwendig. Auch die Dächer sind arg reparatur-
bedürftig. Das gesamte Innere des Theaters ist stark abgenutzt
und verbraucht, darum müssen gerade hier in starkem Maße
Ausbesserungen und Ergänzungen vorgenommen werden. Das
Gutachten sieht hierfür bei allerdings sehr vorsichtiger Schätzung
einen Betrag von 140000 Mark vor. Damit dürfte das Theater
zunächst soweit in Stand gesetzt sein, daß für die Erhaltung der
Gebäudesubstanz und kleinere Ergänzungsarbeiten jährlich ein
Betrag von 8000-10000 Mark genügen dürfte. Umfangreicher
und weit teurer sind die weiteren vorzunehmenden bau-
lichen Maßnahmen im Interesse der Sicherheit der Besucher und
der in diesem Theater Beschäftigten, wobei die Forderungen der
Baupolizei hier Berücksichtigung finden müssen. Hier unterscheidet
das Gutachten zwischen Arbeiten, die sofort in Angriff genommen
und denen, die vorläufig noch aufgeschoben werden können. Für
sogleich auszuführende Arbeiten ist ein Betrag von 78000 Mark
erschätzt worden und für später auszuführende Arbeiten sind
weitere 20000 Mark erforderlich. Um das Haus aber den heutigen
Theaterbedürfnissen anzupassen, muß vor allem an einen
moderneren Ausbau des Zuschauerraumes und der Bühnenräume
gedacht werden. Vor allem ist die Erneuerung des Gestühls un-

bedingt erforderlich. All diese Arbeiten bedingen einen weiteren
Kostenaufwand von 302000 Mark. Allerdings brauchen diese
baulichen Maßnahmen nicht sofort ausgeführt werden.
Bei der Wertfestlegung des Lobetheaters mußte m. E. von
der Frage ausgegangen werden, ob das Theatergebäude in seinem
jetzigen Zustande noch als Theater genutzt werden könnte, oder
ob die Baupolizei das Theater zu schließen beabsichtigt. Da vor
einigen Monaten auf Anfrage bei der Baupolizeileitung hin, mit-
geteilt wurde, daß eine Schließung des Theaters nicht erwogen
wird, konnte der Wert des Theaters nur unter Zugrundelegung
der Nutzung errechnet werden. Das Theater mit seinen Neben-
gebäuden hat nach diesen Berechnungen einen Wert von gegen
200000 bis 210000 Mark. Einschließlich des Grundstücks, aber
ohne Fundus hat das Lobetheater einen Wert von 365000 Mark.

Das Schauspielhaus

Weit geringere Summen sind naturgemäß für den Ausbau
und die Renovation des Schauspielhauses erforderlich, da das
Theater erst gegen 25 Jahre alt ist und vor nicht allzu langer
Zeit wieder hergestellt wurde. Trotzdem sind einige Erneuerungen
und Ausbesserungen notwendig. Für die bauliche Unterhaltung
des Schauspielhauses werden 27000 Mark geschätzt, die aber hier
auf mehrere Jahre verteilt werden können. Bauliche Maßnahmen
im Interesse der Sicherheit der Zuschauer sowie des Künstlers-
und Bühnenpersonals sind nicht erforderlich. Das Theater-
gebäude entspricht im allgemeinen den heutigen Bedürfnissen,
jedoch sind im Zuschauerraum einige Verbesserungen notwendig,
die sich auf ungefähr 23000 Mark beziffern. Alle diese Arbeiten
sind wünschenswert, können aber auf mehrere Jahre verteilt und
einzeln ausgeführt werden. Das Gutachten kommt zu dem Schluß,
daß das Schauspielhaus für jede Art von Theateraufführungen,
wie auch Varietévorführungen nutzbar ist. Ergebenfalls kann
es zu einem großen Kinotheater umgewandelt werden.

Bei vorsichtiger Schätzung errechnet das Gutachten einen Ge-
bäudewert von 880000 Mark für das Schauspielhaus. Zusammen-
fassend wird der Wert beider Theatergebäude ohne Grund und
Boden und ohne Fundus auf rund 1080000 Mark geschätzt.

Soweit das Gutachten, das rein sachliche Bedeutung hat und
als weitere Unterlage für einen evtl. Ankauf beider Theater
dienen kann. Wir werden nach ausführlich auf die theaterpolitische
Bedeutung dieses Projekts zu sprechen kommen und möchten nur
hier an dieser Stelle unsere Verwendung darüber aussprechen,
daß bei allen Erwägungen, so auch bei der Bestellung des Gut-
achtens die Zukunft des Thalia-Theaters nicht mit in Betracht ge-
zogen wurde. Gewiß ist dieser Bau das schiefste Theater —
wohl in ganz Deutschland — das wir besitzen, aber solange wir
für dieses Volkstheater, das übrigens das einzige Theater im
weiten der Stadt ist, keinen Ersatz haben, muß wohl oder übel
mit einem Weiterbestand des Thalia-Theaters gerechnet werden.
Dies sollte man bei den bald zu lösenden Theaterfragen nicht
außer acht lassen.

Ein Wehrwolf schreibt der Volkswacht

Am 9. Lenzmond 30.

An die Schriftleitung der „Volkswacht“ in Breslau.

Als Leser unserer Betriebs-Volkswacht konnte ich feststellen,
daß Sie sich betriebsmäßig der Schreibweise des Wortes „Wehrwolf“
im Unklaren befinden oder bewußt den Begriff und Namen mit
dem Sagentier „Werwolf“, das Kinder zerreißt und blutsaugt,
in Verbindung bringen.

Der nationalrevolutionäre Wehrwolf schreibt sich nämlich
mit „h“, denn sein Name und Begriff ist dem Roman von
Hermann Löns „Der Wehrwolf“ entnommen, in dem er den
heldenmütigen Kampf des deutschen Heidebauern um Heimat
und Scholle schildert.

Von der weniger anständigen Linkspresse und der Presse,
die dem reaktionären schlesischen Stahlhelm nahesteht, wird aber
die oben erwähnte Schreibweise „Werwolf“ liebevoll ge-
pöpstelt, um uns auf so eine christliche Kampfesweise das Wasser
abzugabben. Wir sind ja: „Blutunde“, „Heiden“, „National-
sozialisten“ und haben einen „Sozialistischen Gewerkschafts-
fimmel!“ Ich erwarte von Ihnen jedenfalls etwas mehr Un-
ständigkeit als von den patentnationalen Stahlhelmbonzen.

Mit revolutionärem Wehrheil

Ihr (folgt Name) (Wehrwolf)

Was uns da am 9. Lenzmond so ein Wehrwölfchen
schreibt, ist immerhin auch für unsere Leser nicht uninteressant
zu erfahren und auch der Wehrwolf wird nichts dagegen haben,
daß wir ihm zu seinem „h“ verhelfen, das manchmal der Druck-
setzerteufel boshafter Weise unterschlägt. Ob aber mit der
orthographischen Richtigstellung das Vorurteil gegen diese
Organisation, das nicht gerade aus dem heldenmütigen Kampf
der Heidebauern gewonnen wird, damit beseitigt ist,
wagen wir zu bezweifeln. Nach den Taten und dem
Gehüll dieser Wölfe zu urteilen, liegt die Affogation
ihrer Organisation mit dem bekannten Sagentier schon
näher. Wie gesagt, das „h“ wird allein den Wehrwölfen
zu keinem besseren Ruf verhelfen. Das in diesem Briefe recht
drastisch zum Ausdruck gebrachte „liebevolle“ Verhältnis zur
Bruderorganisation des Stahlhelms empfiehlt sich besonderer
Beachtung. Daß der Wehrwolf neuerdings revolutionär sein
will, kann man aus der Unterschrift entnehmen.

Waddelboot auf der Weistritz gekentert

Als gestern Mittag der 13jährige Schüler Waldemar
Klenner aus Stabelwitz mit seinem 14 Jahre alten Schul-
freund Heinz John, ebenfalls aus Stabelwitz, mit einem
kleinen Waddelboot auf der Weistritz entlang fuhr, kenterte das
Boot plötzlich und beide Schüler stürzten in das Wasser. Da nur
John des Schwimmens kundig war, versuchte er seinen Freund zu
retten, aber seine Kräfte reichten hierzu nicht aus und er mußte
sich schließlich selbst zu retten versuchen, als Klenner unter-
gegangen war. Die Leiche des Dreizehnjährigen konnte erst später
von der freiwilligen Feuerwehr Deutsch-Wissa geborgen werden.

Er wollte ohne Sozjus weiterfahren

In der Nacht vom Sonntag zum Montag fuhr ein Arbeiter
aus der Pfälzenstraße mit seinem Motorrad am Ohlau-Ufer
entlang und kam an der Freiheitsbrücke zu Fall. Dabei stürzte
er auf dem Sozjus mitfahrende Kontrolleur Langer aus
der Pfälzenstraße so unglücklich, daß er mit schweren Kopf-
verletzungen lebensunfähig blieb. Ohne sich um seinen
Sozjusfahrer zu kümmern, ließ er den Bestunungslosen liegen
und wollte mit seinem Motorrad fluchtartig die Unfallstelle ver-
lassen. Durch Straßenpassanten wurde er an der Flucht
verhindert und ein Polizeibeamter sorgte für die Ueberführung
des Schwerverletzten in das Allerheiligen-Hospital. Der Unfall
ist darauf zurückzuführen, daß beide stark angetrunken waren.

Feuerwehr auf der Ragenjagd

Ein amüsanter Schauspiel konnte man gestern auf der
Promnitzstraße Ecke Pöpelwitzstraße erleben. Kam so ein Ragen-
vieh einmal auf den Gedanken, auf einen Baum zu klettern.
Waren es Urinstinkte, was es der Frühling, jedenfalls hatte das
Biest zum Gaudi der Bewohner und zum Aerger des Besitzers
von Sonntag an bereits auf dem Baum. Am Montag. Immer
noch hing besagte Rake leblos zwischen zwei Ästen. Rettender
Ausweg. Wozu haben wir eine Feuerwehr? Anruf: Rake in
Gefahr. Und schon ist die immer hilfsbereite Feuerwehr mit
einer Magirusleiter zur Stelle. Feuerwehrmann in voller
Uniform klettert hoch und auf diesen Augenblick schien die Rake
nur gewartet zu haben. Ein Sprung, die Rake war vom Baum
herunter und verschwunden. Rettung aus! Und Feuerwehr
hinmeltete wieder in ihre Kasse zurück.



Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau G. V.

In den Männerabteilungen sind noch heute Quartiere für Freitagabende zum Zusammenstellen und bis Donnerstag 8. April, Wechseltage 10, zu melden. Frauenabteilungen bis Freitag. Heute, 20 Uhr: Vertreter-Sitzung aller Jugendleiter und -Abwärtler. Turn- und Sportverein Freiheit-Gandau, Mittwoch, 20 Uhr: Monatsversammlung.

Wassersport

S. V. "Hofedon", Alle Fahrteilnehmer nach Obersbad und Giesdorf bringen heute 1 Mark mit. Näheres in der Halle. **Freie Rudervereinigung**, Jugendabteilung, In- und Ausfahrten für die Volkshausfahrt heute beim Rudern. Geld bringen (5,20 Mark). Funktionäre, Morgen, Mittwoch, den 20. April, bei Genossen Buchta, Wallbischstraße 11. **Freie Kanu-Vereinigung**, Dienstagabend: Übungsbetrieb Bootshaus, Donnerstag, 20 Uhr: Gymnastik, Nikolaistadt-Bootshaus. Sonntag früh 8 Uhr: Bootshaus, Osterfahrt nach Giesdorf. Einteilung für die Vereinsboote Dienstag, Meldungen Schwimmlager-Kursus bald an Genossen W. Frotz.

Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund Solidarität
 Bezirkswanderfahrt 7. bis 9. Juni (Mittwoch), 7. Juni: Abfahrt bis nach Wittwarer; Sonntagabfahrten 3,50 Mark; 50 Pf. pro Rad; Treffpunkt Freiburger Bahnhof 13,20 Uhr;

Welterfahrt per Rad über Dittersbach, Uftrichshöhe, Langwelterdorf, Friedland, Gohlenau (Nachquartier). — 8. Juni: Räder bleiben in Gohlenau; Fußtour nach Weitzdorf, Bechtigung der Wälder, 1 1/2 Stunden durch schönen Wald, Nachquartier. — 9. Juni: Rückmarsch nach Gohlenau, von hier per Rad über Gohlenau, Oberzeimsowalbau, Bad Charlottenbrunn nach Wittwarer. Rückfahrt per Bahn. — Sportgenossen, welche die ganze Fahrt per Rad zurücklegen, treffen sich 7. Juni, vor-mittags 8 Uhr, an der Friedrich-Edle Gräblicher Straße. — Wer am 8. Juni fährt, muß Sonntagfahrkarte bis nach Friedland lösen (4,80 Mark) und fährt von hier über Halbstadt nach Weitzdorf. Abfahrt 5 Uhr Freiburger Bahnhof. — Meldungen unter Einbringung von 0,60 Mark, Namensangabe, Geburtsdatum, Stand und Wohnung (für den Grenzchein) bis 15. Mai an Genossen G. Gaste, Breslau 10, Schlegelstraße 41.

Touristenverein „Die Naturfreunde“

Neue Jugendgruppe, heute abend 20 Uhr, alle Jugendlichen unter 18 Jahren und alle Osterfahrer ins Eulengebirge nach Seim Rendschule am Leimbamm.
Osterfahrt ins Eulengebirge, 4 Tage: Abfahrt am Freitag früh 6,19 Uhr ab Breslau Hauptbahnhof nach Breitenhain! Das Bahncard (3 Mark Jugendfahrchein) heute abliefern. 2 Tage: Abfahrt am Oster-Sonntag, früh 5 Uhr, ab Breslau Freiburger Bahnhof auf Sonntagfahrkarte (4,00 Mark) bis Mittelpeterswaldau.
 Volkstanzkreis, Morgen Mittwoch abend Turnhalle Leimbamm: Übungsabend.

Geschäftliches

Jedermann und mit kleinem Aufwand ist es möglich, sich eine leichte Kostion zu bereiten, wenn man Maggi's Fleischbrühepulver im Haushalt hat. Man löst den Pulver einläch in 1/4 Liter kochendem Wasser auf, und die Bouillon ist fertig. Sie löst sich zu einem sehr angenehmen Aroma zu gebrauchen, wie wir in üblicher Art hergestellte Fleischbrühe. Der Name Maggi bürgt für Qualität.
 Bei Nier- und Rheumatischen liegt bekanntlich eine Stoffwechselstörung infolge schlechter Nierenschleimhaut vor. Zur Ausheilung aller Nierenschleimhaut sind die bekannten Maggi-Tabletten ganz besonders geeignet. Sie hemmen die Ansammlung der harnsäureigen Salze und vermehren ihre Ausscheidung. Aber nicht nur bei rheumatischen, sondern auch bei neuralgischen Leiden und naturhistorischen Erscheinungen vermögen sie nach zahlreichen ärztlichen Berichten einen wirksamen Erfolg zu erzielen.
 Jede Person dieses Leidens sollte einmal die „Milch-Maggi“ probieren. Diese wertvolle hagerliche Tablettenmargarine wird schon in vielen Haushaltungen auf der Tafel und in der Küche verwendet. Ein Brot mit „Maggi“ befeuchtet, ist nicht nur köstlich, und kräftig, sondern auch gesund. „Maggi“ befeuchtet, und immer jeder „Maggi“ hat seinen Milchgeschmack, denn sie wird mit vollwertiger Milch zubereitet. Dies und die Verwendung anderer Teile machen „Maggi“ nicht nur schmackhaft, sondern auch nahrhaft. Die Zubereitung der „Maggi“ geschieht vollständig hygienisch und sauber. Sie ist ebenso appetitlich wie schmackhaft. Bei den heutigen Wirtschaftsverhältnissen ist „Maggi“ wirklich eine große Wirtschaftsstille für jede Hausfrau, denn „Maggi“ ist viel billiger als Butter.

Wasserstand

	14.4.	15.4.	14.4./15.4.
Kattbar.....	1.72	1.70	Rantern (Unter-Vegel) ... 2.60/2.78
Neisse (Stadt).....	0.84	0.84	Dobruhlitz..... 2.04/1.98
Weißmündung (Unl.-Vegel).....	1.81	1.70	Abflussmenge (sekundlich) ... 1.28/1.22
Wiesg (Wasserstr.).....	2.69	2.22	Küstenberg v. 14.4. 0.87
Trebnitz.....	1.12	1.11	Wasserwärme + 11.7

Gibt Eure Anzeigen der Volkswacht

Alles, was Sie zum **Osterfest** gebrauchen, finden Sie bei uns in großen, billigen Sortimenten



Mitglied der Kundenkredit G. m. b. H. Carlstr. 67 (Capitol)

Besichtigen Sie unsere Schaufenster

1505



Sieh' da - sieh' da!

Da kommt er ja, der Osterbote aller Zeiten. Damit das Gute, das er bringt, auch köstlich österlich gelingt, müßt Ihr's mit »Rama« zubereiten.

FRÖHLICHE OSTERN!

MARGARINE

Rama im Blauband

doppelt so gut

1/2 Pfd 50 Pfg mit Garantie-Zeichen für frische Qualität

Stadt-Theater (Opernhaus)
 Dienstag 20 bis gegen 22,30 Uhr: Abonn.-Vorstellung A 17
Die Schwalbe. Mittwoch 1458 20 bis 23 Uhr: Abonn.-Vorstellung B 17
Der Wildschütz. Donnerstag 20 bis nach 22,30 Uhr: Abonn.-Vorstellung E 17
Schuld und Sühne

Schauspielhaus
 Operettenbühne Tel. 36300
 Täglich 8 Uhr
 Wegen des sensationell. Erfolges verlängertes Gastspiel Kammeränger
Georg Schmieler von der Wiener Staatsoper
Kurt von Möllendorf v. Berliner Metropolitan
Martin Kettner v. Berliner Metropolitan
Trude Reiter in Jean Gilberts Welterfolg

LIEBICH
 Letzter Tag des Gastspiels **Schünzel** und 7 Varieté-Attraktionen Ruf 34 640
 Inserate erzielen in dieser Zeitung größten Erfolg!

Breslauer Singakademie
 Dienstag, den 15. April, abends 7 1/2 Uhr, Konzerthaus.
 Zur Erinnerung an die vor 100 Jahren erfolgte erste Aufführung.
Matthäus-Passion von J. S. Bach. 1498
 Leitung: Professor Dohrn.
 Mitwirkende: Anni Quistorp, Leipzig / Frieda Dierolf, Berlin / Robert Bröll, Dresden / Erich Wagner, Halle / Kurt Wichmann, Halle / Leopold Alexander, Breslau.
 Karten: 1.- bis 4.- Mk. bei Hainauer und an der Abendkasse.

WELTBÜHNE Friedrich-Wilhelm-Straße 35
 Wochentags 8, 8 1/2 Wochentags 8, 8 1/2
Des Riesenerfolges wegen wird das persönliche Gastspiel des Königs der Sensationen EDDIE POLO bis einschl. Donnerstag verlängert!
 Das Riesenspektakel:
Zeugen gesucht Der neueste Eddie Polo-Film
Ruhiges Heim mit Küchenbenutzung Das erfolgreichste deutsche Lustspiel

Betten Dedbetten 15, 18, 25 Wrt. Klissen 5, 6, 7, 50 Wrt. tote Inletts verkauft 1502
Leihhaus Delsnerstr. 12, 1.
Böhringen
Für Ledige mit Kind wird preiswertes möbl. od. unmöbl. Zimmer gesucht. Offert. in Briefangabe unter A. 41 an die Geschäftsst. d. 31g.
Fertige
Stuhlbaum-Schraub 180 breit, mit Rückenstuhl und Spiegel, auch preisw. zu verk. **Maler** Kirtchenstraße 6.

Arbeitsmarkt
Frauen u. Mädchen können 7338
Kochen näher lernen. Zuschriften unter B. 784 an die Exped. der Zeitung erbeten
Kleine Anzeigen
 sind komplett geteilt eine spaltige Anzeigen von 2-3 Zeilen, Kaufgeschäften u. a. nur von Privatpersonen. Wort 3 Pfennige, Zeit 4 Pfennige
Katerab. 180 Wrt., 192cm Getriebemaschine, 3 Hirt, mit Wasserleitung, Kessel, neu bereit, Kugelgewehr, sowie D. K. W. -Mägen nebst Zubehör, verkauft Kapelle, Welterstr. 23, II.
Wasserbenutzung, 3 Hirt, mit Wasserleitung, Kessel, neu bereit, Kugelgewehr, sowie D. K. W. -Mägen nebst Zubehör, verkauft Kapelle, Welterstr. 23, II.
1 Arbeiter (Dach) verk. **Sammler** Matthäusstr. 62 v. 11
1 Arbeiter (entw.) verk. **ein Bett** mit Matrasse gut erhalten, zu verkaufen **Prokauer** Str. 20, 3. Stock, bei J. Perle.

Lobe-Theater
 Telefon: 50747
 Dienstag 20, 15 Uhr (und täglich): 1004
 3 um 1. Mal
Die Affäre Dreyfus von Hans J. Heflich und Wilhelm Herzog.
Thalia-Theater
 Dienstag 20, 15 bis 22 (und täglich): 1004
Herr Lamberthier von Louis Verneuil. **Ratzeig** geistreich. **Obermann** abend. **Sonntag** 20, 15 Uhr: **Galkspiel** W. Meyerhold **Breslauer Staatstheater**
Brülle, China
 Sieben Silber, von S. Trellakow.

Hotel Stadt Lemberg
 Freitag, den 18., 8 Uhr (Karlsplatz):
Das Apostelspiel von Max Meil
 An beiden Osterfeiertagen: nachmittags 2 Uhr: **Osterhäsleins Zauberklappe** Nachmittags 1/2 5 Uhr: **Das Land des Lächelns** Abends 8 Uhr: **Hotel Stadt Lemberg**

WAPPENHOF
 Heute Dienstag ab 4 Uhr: 1509
Große Nachmittags-Varieté-Vorstellung mit dem 1. April-Programm. Ab 8 Uhr:
Abendvorstellung mit Ball 2 Kapellen.
 Morgen Mittwoch u. Donnerstag 2 Vorstellungen, 4 u. 8 1/4 Uhr

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Das böse Gewissen

Christliche Attacken gegen Wiffell

Wer Teufel austreiben will, muß selbst rein sein. Dieses christliche Sprichwort haben die Christen vergessen. Unerbittlich und pharisaisch hehen sie schon jetzt draußen im Lande gegen Wiffell, den bisherigen Reichsarbeitsminister und seine Partei, die Sozialdemokratie. Vergleiche werden angeestellt zwischen Wiffell und Brauns, dem früheren Reichsarbeitsminister aus den Reihen des Zentrums. Selbstverständlich schneidet bei diesen Vergleichen Wiffell sehr schlecht ab. Man wirft ihm vor, daß er so gut wie nichts geleistet und erreicht habe. Der „Deutsche“, das Tagesorgan der christlichen Gewerkschaften, droht ihm, jetzt nicht länger auf ihn „Mildtät“ zu nehmen.

Die Christen haben ein schlechtes Gewissen. Daher ihre Nervosität, daher ihr hartnäckiger Versuch, immer wieder den Arbeitern zu erzählen, die Sozialdemokratie sei aus der Regierung gelassen; diese Flucht nötige jetzt das Zentrum, mit den deutschnationalen Großagrariern und mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten. An dem neuen reaktionären Kurs sei also die Sozialdemokratie schuld, denn wenn die Sozialdemokraten sich der Regierung verweigerten, dann müßte die Regierungsmehrheit eben wo anders gesucht werden. Brünning habe bis zur letzten Sekunde die Sozialdemokratie in der Regierung zu halten versucht.

Die Gegner der Christen ist nett zurechtgemacht, aber sie selbst deswegen doch eine Legende.

Die Wahrheit sieht anders aus.

Nicht das Zentrum, sondern die Sozialdemokratie war beim Entgegenkommen bis an die äußerste Grenze gegangen. Der „Deutsche“ bestätigt das selbst. Er weist zum Beispiel auf einen letzten Vorschlag Kuschners hin, der in der Arbeitslosenfrage im Kern das gleiche gewollt habe wie der Kompromißvorschlag Brünnings. Wenn dem so wäre, dann wäre das doch erst recht ein Beweis, daß es nicht an der Sozialdemokratie lag, wenn es zum Bruch kam. Nein, dieser Bruch war kein Zufall, sondern das Ergebnis einer wohlüberlegten Aktion. Darauf hat auch die Gewerkschaftszeitung, das Organ des ADGB, mit einigen wichtigen Inhaltspunkten hingewiesen. Die neuen Regierungsgenossen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, wie Schiele, Treviranus und ihre deutschnationalen Freunde, waren von ihrer Berufung absolut nicht überrascht. Sie konnten auf den ersten Anstoß sofort mit einem Satz fertig formulierter Forderungen hervortreten. In dem Maß, wie der Anstoß nach rechts konkrete Formen annahm, verzickte sich der Widerstand des Zentrums gegenüber der Sozialdemokratie in den sozialpolitischen Fragen, bis sie aus dem Kabinett verdrängt war. Die Sozialdemokratie ist nicht aus der Regierung geflohen, sondern verdrängt worden, indem man ihr ein weiteres Bleiben einfach unmöglich machte. Man hat die Sozialdemokratie nicht aus der Regierung hinausgeworfen, sondern hinausgeeeßt.

Nicht Flucht der Sozialdemokratie, sondern Schwertung des Zentrums im Rahmen einer wohlüberlegten Aktion

bezeichnet uns die Regierung Brünning. Ihre sozialpolitischen „Leistungen“ — wir haben in den Ausschüssen des Reichstages gerade in diesen Tagen beim Kampf um die finanziellen Zuwendungen an die Invalidenversicherung davon einige Kostproben vorgelegt bekommen — kann man unmöglich der Sozialdemokratie aufs Konto legen. Das Kabinett Brünning muß seine Taten schon selbst verantworten. Das wird gewiß oft recht schwer fallen, und wir sind sicher, daß jedesmal nach einem neuen sozialreaktionären Streich der neuen Regierung eine Zentrumsstunde auf die sozialpolitische Arbeit der Sozialdemokratie im Kabinett Müller einlegen wird. Jedesmal werden wir dann hören müssen, daß Wiffell als Reichsarbeitsminister total verjagt habe.

Wiffells Stellung war schwer. Trotzdem hat er nicht ohne Erfolg gearbeitet. In den zwei großen Hauptkämpfen hat er seinen Mann gestanden, in der Verteidigung des Schlichtungswesens und in dem Ringen um die Arbeitslosenversicherung. Allein diese beiden Leistungen wären mehr als genug, um ihn vor dem Vorwurf des Verjagts zu schützen. Gerade in den beiden Hauptpositionen, im Schlichtungswesen und in der Arbeitslosenversicherung, gegen die die Arbeitgeber aus sozialpolitischen Gründen den Hauptstoß richteten, hat Wiffell unübertreffliche Erfolge zu verzeichnen.

Mit Angriffen gegen Wiffell werden die Gewerkschaftschristen sozialreaktionäre Heldentaten des Kabinetts Brünning nicht verteidigen können.

Die übereifrigen Kritiker Wiffells, die mit seiner sozialpolitischen Arbeit nicht zufrieden sind, vergessen, daß nicht zuletzt sie selbst daran schuld sind, wenn nicht mehr erreicht worden ist. Sie haben in den letzten Jahren die Sozialdemokratie in sozialpolitischen Fragen vielfach nur so weit unterstützt, als sie sich nicht selbst unmöglich machen wollten. Ihre Unterstützung war meist von dem Bestreben geleitet, der Sozialdemokratie möglichst nicht zu sozialpolitischen Erfolgen zu verhelfen.

Neue Entlassungen im Ruhrgebiet

Bochum, 12. April. (Eigener Drahtbericht.)

Im Ruhrgebiet stehen neue Entlassungen bevor. Die Gruppe Hamborn der Vereinigten Stahlwerke will auf ihren Zechen Kohberg und Beckerwerth zum 1. Mai 800 Arbeiter entlassen. Die Zeche Bilschweide in Moers, der Niederrheinischen Bergwerksgesellschaft entläßt ebenfalls 200 Arbeiter. Auch die fischhändlerische Schächte in Gladbeck sollen die Absicht haben, sechshundertfünfzig Arbeitern zu kündigen. Die Warmbetriebe der Dortmunder Union werden von Gründonnerstag bis nach Ostern jeweils Tage lang stillgelegt. Danach werden 4000 Arbeiter betroffen. Schließlich soll die Abicht bestehen, das Stahlwerk Phönix in Duisburg-Neudorf mit 3000 Mann Belegschaft ganz stillzulegen.

Spiegelbild der gelben Landarbeiterbewegung

Der Deutsche Landarbeiterverband hat jetzt die zweite Auflage der Arbeit seines Schriftleiters Kwasnit über die gelbe Landarbeiterbewegung herausgegeben. Kwasnit bringt darin einen Bericht über eine Versammlung, die Ende Januar dieses Jahres in Breslau stattfand und die den Zweck hatte, in Schlesien für den gelben Reichslandarbeiterbund Stimmung zu machen. Die Versammlung wurde durch den Landrat a. D. v. Gosler eröffnet. Er erklärte, die Landarbeiter seien der deutschnationalen Volkspartei entfremdet worden. Sie müßten wieder zurückgewonnen werden. Es müßten darum Organisationen gefördert werden, auf die ein entsprechender Arbeitgehereinfluß gewährt werde. Kohr, Demin, betonte, der Arbeitgeber sei der natürliche Führer der berufständigen Bewegung. Auf Wollfuß und Hügelberg müßten die Führer sein. Segenitz erklärte, das Gebot der Gewerkschaften, die Gemeinschaft sei falsch. Dem Arbeitgeber als dem

geistigen Arbeiter sei der Vorzug zu geben. Die Lohnfrage sei etwas vollständig Sekundäres.

Trotz dieser Schwelwedelei lehnte der Führer der schlesischen Arbeitgeber, Graf Kaiserling, die Ideen von Kohr und Wollfuß ab.

Darauf antwortete Wollfuß in seinem Schlusswort, der Arbeitgeber müsse die Führung in die Hand nehmen und die Frage der Organisation der Arbeiter auf berufständlichem Wege lösen.

Ein ärgeres Armutszugnis konnten sich die Gelben nicht ausstellen. Sie wollten sich von den Arbeitgebern nicht nur aushalten, sondern auch organisieren lassen.

Achtung! Achtung!
Freigewerkschaftliche Betriebsräte!
Heute, pünktlich um 19,30 Uhr,
im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses:
7. Schulungsabend der Gruppe „B“

Rechtsecke der Erwerbslosen

Wer erhält Kurzarbeiterunterstützung?

5. Höhe der Unterstützung.

Die Kurzarbeiterunterstützung einschließlich des um den Beitragsteil zur Krankenversicherung erhöhten Betrages und des Arbeitsentgelt für die verkürzte Arbeitszeit bürgen fünf Sechstel des vollen Arbeitsentgelts (Rohlohnes), d. h. das Arbeitsentgelt, das der Arbeitnehmer bei voller Beschäftigung erreichen würde, nicht übersteigen. Sie beträgt höchstens

- a) bei Ausfall von 3 Arbeitstagen 1
- b) bei Ausfall von 4 Arbeitstagen 2
- c) bei Ausfall von 5 Arbeitstagen 3

Tagesätze der Arbeitslosenunterstützung.

Kurzarbeiter mit 2 oder solche mit 3 und mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen im Sinne des § 103 Abs. 2 ABAWG können

- a) bei Ausfall von 3 Arbeitstagen bis zu 2 oder 2½
- b) bei Ausfall von 4 Arbeitstagen bis zu 2½ oder 3
- c) bei Ausfall von 5 Arbeitstagen bis zu 3½ oder 4

Tagesätze der Arbeitslosenunterstützung erhalten.

6. Unterbrechung der Unterstützung.

Bei Unterbrechung der Kurzarbeit auf mehr als 3 Kalenderwochen kann die Kurzarbeiterunterstützung erst wieder gewährt werden, wenn die Voraussetzungen für die Wartezeit erneut

Gegen der gewerkschaftlichen Organisation

Der Bund der technischen Angestellten und Beamten (Butab) hat im vergangenen Jahr für seine Mitglieder ansehnliche Rechtserfolge erlangt. Sie bestehen in rund 1,3 Millionen Mark an ausstehenden Gehältern, Provisionen usw., und zehn mit Erfolg zur Abwehr von Freiheitsstrafen durchgeführten Strafverfahren. Von 1924 bis 1929 hat der Bund über 5½ Millionen Mark an vorerhaltene Gehältern und Provisionen für seine Mitglieder herausgeholt.

Tschechischer Gesekentwurf für Arbeitsgerichte

In der Tschechoslowakei ist von dem Justizministerium, das von dem tschechischen Sozialdemokraten Dr. Weikner geleitet wird, ein Gesekentwurf über die Arbeitsgerichte fertiggestellt worden. Der Entwurf bringt eine Vereinheitlichung des Arbeitsgerichtswesens. Zu Zeit bestehen in Böhmen, Mähren und in der Slowakei verschiedene Vorrichtungen. Die neuen einheitlichen Arbeitsgerichte sollen über alle aus dem Arbeitsverhältnis entstehenden Streitigkeiten entscheiden.

Für den Aufbau der Gerichte sieht der Entwurf im wesentlichen folgendes vor: Vorsitzender des Arbeitsgerichtes wird ein Berufsrichter, Beisitzer werden Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Mitglieder der Sektion der Arbeitnehmer werden vom Ministerium für Soziale Fürsorge auf Vorschlag der Gewerkschaften ernannt. Sie dürfen während der Dauer ihrer Funktionen ohne vorhergehende Zustimmung des Arbeitsgerichtes nicht aus der Arbeit entlassen werden und sind von dem Tag an, wo sie als Mitglieder des Arbeitsgerichtes von den Organisationen vorgeschlagen werden, gegen etwaige Schikanen seitens der Arbeitgeber gesetzlich geschützt.

7. Anzeige des Arbeitgebers.

Die Gewährung der Kurzarbeiterunterstützung ist abhängig von einer Anzeige des Unternehmers an das zuständige Arbeitsamt, daß in dem Betriebe Kurzarbeiter sind.

Die vorgeschriebene Anzeige kann — sofern sie der Unternehmer unterläßt — von der Betriebsverwaltung oder, falls eine solche nicht besteht, von jedem Arbeiter des Betriebes erstatet werden.

Die Unterstützung beginnt mit der Kalenderwoche, die auf den Eingang der Anzeige bei dem Arbeitsamt folgt, sofern die Wartezeit erfüllt ist.

8. Verfahren.

Außer der vorgeschriebenen Anzeige (Ziffer 7) ist ein Antrag auf Gewährung von Kurzarbeiterunterstützung erforderlich. Diefelbe kann der Unternehmer oder die Betriebsverwaltung oder, sofern eine solche nicht besteht, jeder Kurzarbeiter für alle Kurzarbeiter des Betriebes stellen. Zuständig für den Antrag ist das Arbeitsamt, in dessen Bezirk der Kurzarbeiter beschäftigt wird.

Ueber die Gewährung, Verlagerung oder Entziehung der Kurzarbeiterunterstützung entscheidet der Vorsitzende des Arbeitsamtes. Der Kurzarbeiter ist zur Annahme anderweitiger zumutbarer Arbeit verpflichtet.

Ueber alles die nationalen Belange

Nur im eigenen Hause nicht

„Musterpatriotismus“ auf einem Schaumburg-Lippe'schen Gut — Man entläßt die deutschen Arbeiter, weil polnische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen

Für deutsche Arbeiter haben die Agrarier nichts übrig, sie beschäftigen lieber Polen. Wenn es an ihren Geldbeutel geht, dann können ihnen im Betrieb genau wie bei den Zollverhandlungen im Reichstag die nationalen Belange gestohlen bleiben. Sie erklären jetzt ganz offen, daß sie lieber Polen beschäftigen — auch dann, wenn die von ihnen entlassenen deutschen Arbeitskräfte zu ihrer vollen Zufriedenheit gearbeitet haben. So hat die Fürstlich-Schaumburg-Lippische Gutsverwaltung Baumgarten (Post- und Bahnstation Grabowhöfe in Mecklenburg) sechzehn deutsche qualifizierte Landarbeiter entlassen und dafür, entgegen den Richtlinien der Reichsanstalt, zwölf polnische Landarbeiter zugespochen erhalten. Den Entlassenen bescheinigte die Gutsverwaltung ausdrücklich, daß sie die ihnen übertragene Arbeit zur

vollen Zufriedenheit des Arbeitgebers verrichtet und während der ganzen Dauer der Beschäftigung nie zu einer Beanstandung Anlaß gegeben haben. Die Entlassung wurde von der Gutsverwaltung wörtlich folgendermaßen begründet: „Da wir ausgedehnten Zuckerrübenbau betreiben, stehen uns genügend polnische Arbeitskräfte zur Verfügung, so daß wir außer Tagelöhnern keine deutschen Schnitter beschäftigen.“

Die 16 entlassenen Arbeiter irrten wochenlang in Deutschland umher und einige fanden erst nach langem Suchen wieder eine Arbeitsstelle im Westen. So sind die agrarischen Patrioten: sie entlassen tüchtige deutsche Arbeitskräfte ohne Grund und jammern dann über die Landflucht der Arbeiter und die Lasten der Arbeitslosenversicherung.

Das ist noch „preussische Ordnung“

Neue Wirtschaft auf der prinzipialen Domäne Flatow-Krojante Soll der Staat hier wieder helfen?

Aus Meldungen grenzmärkischer Zeitungen geht hervor, daß sich die schon seit Monaten umlaufenden Gerüchte über größere Unterzahlungen in der dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gehörenden Herrschaft Flatow-Krojante nunmehr zu der Tatsache verdichtet haben, daß der Rechnungsführer Klusowksi eine Summe von über 3000 Mark — nach einer neueren Meldung der „Ostdeutschen Landeszeitung“ 10 000 Mark, die sich wahrscheinlich noch wesentlich erhöhen werden, — in Verein mit einem Viehhändler durch betrügerische Machenschaften an sich gebracht hat. Diese Vorgänge erinnern lebhaft an die Schuldenwirtschaft, die sich ebenfalls in der prinzipialen Herrschaft Flatow-Krojante 1921/22 zugetragen hat und durch einen Vergleich mit dem preussischen Staat aus der Welt geschafft wurde.

Wie der „Soz. Preßdienst“ erfährt, sind jedoch Klusowksi und sein Hintermann nicht die Hauptschuldigen. Denn über dem kleinen Rechnungsführer steht noch ein Administrator namens Lehmann und der Generalbevollmächtigte des Prinzen, Kahlow, mit einem Oberrechnungsführer, die in einem geordneten Betriebe Unterzahlungen alsbald hätten bemerken und aufdecken müssen. Die Vorgänge berühren um so merkwürdiger, als Herr Lehmann im Jahre 1925 mit einer erheblichen Schuldensumme behaftet seine Stelle als Administrator in Krotow, jetzt Blankenfelde, angetreten hat und heute mit ganz anderen

Summen an industriellen Unternehmungen beteiligt ist. Es kommt hinzu, daß unter der Leitung des Herrn Lehmann das Gut Blankenfelde, welches früher die bestbewirtschaftete Domäne der Herrschaft Flatow-Krojante war, jetzt alles andere als eine Musterwirtschaft ist. Es entbehrt nicht eines pikanten Beigeschmades, daß die genannten Herrschaften in Verkehr mit Rechtsorganisationen gepflegen und zum Stahlhelm sehr nahe Beziehungen haben sollten.

Daß eine solche Mißwirtschaft zur Verschuldung der prinzipialen Herrschaft erheblich beitragen wird, liegt auf der Hand. Nicht minder wahrscheinlich ist, daß wiederum der Staat ein Spritzen müßte, um die heruntergewirtschafteten Güter durch Kredite zu sanieren, die dann allen neuzeitlichen Bestrebungen zum Trotz, nicht der bedrängten Bauernschaft, sondern denjenigen hohen Herren zufallen würden, die es für richtiger halten, außerhalb Deutschlands ein floties Leben zu führen. Wohl zweckmäßiger wäre es, wenn betartige Befähigungen zu Siedlungs zwecken aufgeteilt würden.

Die Verantwortlichkeit, insbesondere die staatlichen Organe, haben alle Veranlassung, diesen Vorgängen größte Aufmerksamkeit zu widmen. Eine baldige Klärung der Angelegenheit durch den Staatsanwalt scheint dringend geboten.

Pariser Alltagstragödie

Ein „kleiner“ Fall unter kleinen Leuten

„Nono de la Java“ heißt sie, die kleine, hübsche Kolonin, weinend im Schwurgerichtssaal vor einem ihrer Opfer steht es um Verzeihung bittet. Weshalb die Bitte? Warum die? Um Nonos willen hat der junge Angeklagte, den das acht Jahre Zwangsarbeit in einer Kolonie verursacht, seinen Rivalen erschossen. Alfons Alphonse Boband, der so schwer verurteilte Täter, ein Zugschneider, der sich einem Ball in Nono verliebte. Er wollte die Geliebte bald heiraten, erfuhr jedoch eines Tages den wahren und nicht ganz Sinn seiner bürgerlichen Ideale liegenden Beruf seiner Eltern. Außerdem wurde ihm hinterbracht, daß sie ein festes Verhältnis mit einem Bäckergehilfen unterhalte.

Der Betrogene wollte sich schon einmal aus Liebesmitleiden. Die Kugel ging damals fehl, das weiche Gemüt die leicht verletzliche Liebeseitelkeit blieben. Auch diesmal Alphonse rasierte dabei, wieder den Revolver einzustechen. Er ließ Nono in ihrer Wohnung auf. Die Geliebte ließ ihn nicht ein — wußte sie, daß der andere Freund beide überfallen würde? Wie dem auch sei: als Alphonse sich eben anschickte, die Kugel wieder hinterzuschießen, kam der verhasste Mörder ihm entgegen, begriff, was vorging und verhielt sich dementsprechend. Da trachten die Schiffe — tödlich getroffen sank Alphonse zu Boden. Sein letzter Ruf: „Jetzt ist alles Nono!“

Mit dem Urteil auf acht Jahre Zwangsarbeit in einer Kolonie fällt der Vorhang über einer der täglichen Liebes- und kriminellen Verurteilungen im Kreis der oberen Zehntel. Kein berühmter Verbrecher greift das pathetische Wort, kein medizinischer Sachverständiger irrt, kein kostspieliger Prozess funktioniert, der vorher die Presse in Bewegung gesetzt hat. Die Öffentlichkeit ist nicht interessiert. Ein kleiner Fall unter kleinen Leuten. Nono wird, um allem Gerücht zu entgehen, in ein anderes Stadtviertel ziehen und ihr Verbrechen betreiben, Boband nach Guyana oder in eine Strafkolonie übergeführt werden und dort wahrscheinlich nieher verenden, auf der Flucht erschossen werden oder beim Versuch der Freiheit entgegenzuschwimmen, ertrinken, wenn ihn gar ein Hai schnappt.

Eine Stadt vom Feuer eingeschlossen

Die 8000 Einwohner zählende Stadt Buchanan im Staate Virginia ist buchstäblich vom Feuer eingeschlossen. Vor einigen Tagen brach in einer Entfernung von etwa 15 Meilen von Buchanan ein Waldbrand aus, der bisher nicht nur nicht gelöscht werden konnte, sondern an Ausdehnung ständig zunahm. In der Nacht hat der Waldbrand nunmehr einen solchen Umfang angenommen, daß Buchanan rings von brennendem Walde umgeben ist.

Auch ein „Los“ des Schicksals

Die schweizerische Bundespolizei erbrachte kürzlich den Nachweis, daß sie auch polizeimäßigen Situationen gewachsen ist. Wachmeister Stöberle auf den Straßen von Lausanne eine Mücke auf, in der ein kleinerer Schweizer Bürger im Alter von vier Monaten schlief. Die Mannschaft der Wachposten empfing den kleinen Besucher mit großer Aufmerksamkeit und brachte ihn nach bestem Wissen und Gewissen. Bald erfuhr die Bevölkerung von dem entzückenden Idyll auf dem Revier. Mehrere Kinder meldeten sich, um den kräftigen Jungen zu adoptieren. Wachkommandant war vernünftig genug, sich weniger um toten Paragraphen, als um das Wohlergehen des Säuglings kümmern und ließ kurzentschieden an Ort und Stelle eine geeignete Verlosung des gefundenen „Gegenstandes“ veranstalten. Man verkaufte einige Duzend handgeschriebene Lose. Ein älteres kinderloses Ehepaar zog beglückt den lebenden „Hauptgewinn“ ab. Der Ertrag der Verlosung wurde Wohltätigkeitszwecken zugeführt. Der geistesgegenwärtige Polizeioffizier bekam von seiner vorgesetzten Behörde ein Lob für sein zwar nicht paragraphentreues, aber vernünftiges Vorgehen.

Orkan im Gebiet von Ugram

Nach Meldungen aus Ugram hat ein Orkan von 10 Minuten in der Gegend von Ugram großen Schaden angerichtet. In Dörfern Zavorje und Cibike wurden sämtliche Hausdächer zerstört. Ein Bauer wurde getötet und zwei Bauern verletzt. Durch die Gewalt des Sturmes wurde ein Bauer, der sich auf dem Feld befand, mit dieser 30 Meter weit durch die Luft fortgetragen.

Aus Zertum die Großmutter entführt

In dem südslawischen Dorfe Kost Nistowag haben drei Brüder, von denen sich der eine in ein hübsches Mädchen verliebt hatte, die Großmutter des jungen Mädchens entführt. Warum die Großmutter? Aus Zertum. Die Alte hatte sich die Hände und Füße gegen den auf Krana zielenden Heiratsvertrag des jungen Burschen gewehrt. Der junge Mann und die beiden Brüder wußten sich nur mit einer Entführung zu helfen. Die Verhältnisse waren zur Nachtstunde des tragischen Verbrechens jedoch so ungünstig, daß die Brüder, als sie durch die Fenster in die Wohnung der Frauen eindringen wollten, gründlich vergriffen. Sie „eroberten“ die erste Schlafende, die sich ihren mädchenhaften Händen bot. Aber es reichte nicht die Angebetete, sondern die Großmutter; das merkten die Frauen erst später, als sie das Opfer in eine Decke wickelten, um Hilfe zu holen. Man warf sich mit dem Opfer in einen in der Nähe wartenden Wagen. Die Pferde galoppierten, was das Zeug hielt und bald hatte man ein hervorragendes Versteck erreicht. Überraschung und Mergel

waren gleich unbefehlich, als die Burschen den Raub aus der Decke pekten und den armen Missetäter, den sie getan hatten, feststellten. In verständlicher Wut fielen die Burschen über die zeternde Alte her, verabreichten ihr eine Tracht Prügel und jagten sie davon. Die drei Brüder werden sich nunmehr vor Gericht zu verantworten haben.

Leibnenseinsturz bei einem Gesangsabend

Im Saale der Philharmonie in Lodz ereignete sich Sonntagabend bei einer festlichen Veranstaltung der südböhmischen Arbeiterpartei „Bund“ ein sehr bedauerlicher Zwischenfall. Das Podium, dessen Balken und Bretter im Laufe der Zeit angefault waren, konnte den Sängerkor nicht tragen und stürzte zusammen. Im Publikum brach eine Panik aus. Zwölf Personen erlitten Verletzungen.

Der Dieb im Gummiboot

Eine Donauschwabische Wache hielt bei der rumänischen Grenzstadt Sjob ein Gummiboot an, in dem u. a. der 20jährige Tischlergeselle Diegel aus Deutschland saß. Diegel wird von der Militärregierung wegen Einbruchdiebstahls gesucht. Er ist verhaftet worden.

Selbstmord eines russischen Dichters

Der russische Dichter Wladimir Majakowski hat, wie aus Moskau gemeldet wird, Selbstmord begangen. Die Gründe dafür sind in Dunkel gehüllt. Majakowski war kein kranker Mensch, sondern kräftig wie ein Hüne. Er war der Liebling der führenden kommunistischen Parteikreise. Sein Tod ist ein neues Glied an der Kette der russischen Literaten-Selbstmorde.

Sigurd Ibsen †



Der frühere norwegische Ministerpräsident, Sigurd Ibsen, ein Sohn des Dichters Henrik Ibsen, ist nach langer Krankheit am 14. April in Freiburg im Alter von 71 Jahren gestorben. Die sterblichen Ueberreste werden in aller Stille eingeschifft werden. Der Zeitpunkt der Beisetzung, an der nur der engste Familienkreis teilnehmen wird, steht noch nicht fest, da erst die Ankunft des telegraphisch benachrichtigten Sohnes des Heimgegangenen abgewartet werden soll, während die Gattin und Tochter schon seit längerer Zeit in Freiburg weilen. Ibsen, mit dessen Ableben seit einiger Zeit gerechnet werden mußte, ist ohne jeden Todeskampf sanft entschlafen.

Weltrekord einer deutschen Fliegerin



Frau Margret Fusch aus Stuttgart hat am 11. April mit einem Klemm-Leichtflugzeug eine Höhe von etwa 4900 Metern erreicht und damit den Höhenweltrekord für Leichtflugzeuge der Klasse C um 900 Meter verbessert.

Kinobrand in Vicata

„Messagero“ berichtet aus Palermo folgende Einzelheiten einer Brandkatastrophe in der Gemeinde Vicata: Im Kino entstand in der Projektionskabine Feuer. Das brennende Filmband setzte auch einige Risten mit Filmen in Brand. Es entstand eine Panik, die noch durch den Umstand erschwert wurde, daß das elektrische Licht im Kino selbst und in der ganzen Ortschaft ausging. Die fünfzehn Getöteten und die fünf Verletzten sind fast alle junge Menschen im Alter von 12 bis 18 Jahren.

Das Urteil im Rogens-Prozess

Nach langer Beratung verurteilte gestern Abend um 8.15 Uhr der Vorsitzende des Schwurgerichts in Neustrelitz im Rogens-Prozess, Landgerichtsdirektor Hoff, unter allgemeiner Spannung das folgende Urteil:

Es werden verurteilt: Der Angeklagte August Rogens wegen Mordes zum Tode, der Angeklagte Fritz Rogens wegen Beihilfe zum Mord unter Berücksichtigung des Jugendgesetzes zu einer Gefängnisstrafe von vier Jahren, die Angeklagte Frau Kähler wegen Beihilfe zu einer Gesamtstrafe von sechs Jahren Zuchthaus. Die bisher verbüßte Gefängnisstrafe und Untersuchungshaft wird den Angeklagten angerechnet. Dem Angeklagten August Rogens werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt; Fritz Rogens wird, wenn er seine Strafe bis auf einen Rest von einem Jahre verbüßt hat, eine Bewährungsstrafe von fünf Jahren zugestanden. Frau Kähler werden die Ehrenrechte auf fünf Jahre aberkannt.

In der Begründung zum Urteil im Rogensprozeß führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hoff, u. a. aus: Alle Angeklagten haben sich in einem selbstgeschriebenen Lebenslauf freiwillig und völlig unbeeinflusst zu der Tat bekannt. Jedem unbefangenen Menschen muß es im höchsten Grade unwahrscheinlich erscheinen, daß jemand, dessen geistige Zurechnungsfähigkeit nicht anzuzweifeln ist, ein solches Geständnis abzugeben haben sollte. Eine Entschuldig der Geständnisse durch die Kriminalbeamten kommt nicht in Frage. Auch Zermürbung durch lange und viele Vernehmungen liegt bei der Natur der Angeklagten nicht vor. Die für den Widerruf angegebenen Gründe sind unverständlich. Daß Jakubowski die Tötung vorgenommen hat, geht aus der Selbstbeziehung des August hervor. Doch sind die Geständnisse in diesem Verfahren nur gegen die Angeklagten selbst zu bewerten, da hier nur interessiert, ob August und Fritz den Mord in Mitleidenschaft mit anderen begangen haben. Die Widersprüche zwischen den einzelnen Geständnissen erklären sich aus der Tatsache, daß die Angeklagten erst allmählich den Schieber von den Ereignissen weggezogen haben.

Die „Falke“-Ingenieure über ihre Rebellenfahrt

In der Montag-Verhandlung des Hamburger „Falke“-Prozesses sagte der als Zeuge vernommene zweite Ingenieur Koch aus, er habe im Gegensatz zu anderen Zeugen nicht bemerkt, daß sich Kapitän Zippel in einem gewissen Hörigkeitsverhältnis zu dem Rebellenführer Delgado befunden habe. Zur Ausbootung in Cumana wäre die Befragung nicht gezwungen worden. Koch habe die Mannschaft sonst nicht unter dem Druck der Venezueler gestanden. Ingenieur Koch erzählt, daß die Verhältnisse bei der Ausrüstung des Dampfers in Gdingen ihn veranlaßt hätten, seine Anmusterung rückgängig zu machen. Schon der Munitionstransport wäre Koch unheimlich vorgekommen. Außerdem habe der Kapitän auf Koch einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht, der sich verstärkt habe, als Zippel auf seinen Browning hinwies, als Koch bei seiner Anmusterung ein Abstandsgehalt verlangte. Kapitän Zippel erklärte dem Gericht, daß er niemals einen Revolver bei sich getragen habe. Ferner bestreitet Zippel mit dessen Vorleben sich das Gericht eingehend beschäftigt, daß er früher häufig Streit mit seinen Mannschaften gehabt hätte. Gegen den Ingenieur Koch will er Strafantrag gestellt haben, als dieser nach seiner Anmusterung versucht habe, die Mannschaft aufzuwiegeln. Er habe diesen Antrag gestellt, damit bei einer Seeamtsverhandlung die Zustände an Bord des Dampfers „Falke“ hätten dargestellt werden und er sich selbst hätte rechtfertigen können. Funkoffizier Schneider sagte aus, daß ihm General Delgado das Kapitanpatent der venezolanischen Kriegsflotte gegen ein monatliches Gehalt von 400 Dollar angeboten habe.

Selbstmord wegen Spielverlust

Eine Deutsche, Frau Katarina Kühn, beging in Nizza aus Verzweiflung über den Verlust größerer Summen beim Roulettspiel Selbstmord durch Einatmen von Leuchtgas. Vorher hatte sie noch einen Brief an ihre Tochter in Deutschland geschrieben und dann ihr Hochzeitskleid angezogen, um, auf dem Divan liegend, den Tod zu erwarten.

Der verschwundene Büroleiter der Cunard Line als Leiche geborgen

Der vor drei Wochen aus seiner Wohnung in der Leibnizstraße 65 in Berlin verschwundene frühere Büroleiter der Cunard Line Bureau G. m. b. H. Unter den Linden, ist jetzt am Rottendamm als Leiche gefunden worden. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. Die Gründe, die ihn in den Tod getrieben haben, sind noch vollständig unbekannt.

Paddelboot gefentert

Auf dem Main kenterte ein mit zwei jungen Frankfurter Polizisten besetztes Paddelboot. Beide Insassen fielen ins Wasser. Während es dem einen gelang, das Ufer schwimmend zu erreichen, hielt sich der 28jährige Wachmeister Lehmann am Boot fest; erlitt jedoch nach kurzer Zeit einen Herzschlag und versank in den Fluten. Die Leiche konnte geborgen werden.

Das 10. Opfer des Bärenschinkens

An den Folgen des Genusses des unheilvollen Stuttgarter Bärenschinkens starb im Krankenhaus Forzheim der praktische Arzt Dr. Schwab aus Wildbad. Zu den Erscheinungen seiner Erkrankung waren in den letzten Tagen die Symptome einer Lungenentzündung hinzugegetreten.



MAGGI'S Suppen sind Qualitätsware

Kennzeichen: Der Name **MAGGI** und die typische gelb-rote Packung

— Helfer für sparsames Wirtschaften —

Die rohe Macht der Zahl

Zentrum und Sozialdemokratie in der mittelschlesischen Verwaltung

Nachdem das Breslauer Zentrumsorgan gegen die Anwendung der „rohen Macht der Zahl“ durch die Sozialdemokratie mit geschwollenen Jargonabern gewettert und dafür von uns entsprechend „gewürdigt“ wurde, meldete sich am 13. April nur aus dem „demokratischen“ Organ Breslaus zum Wort. Die „Breslauer Zeitung“ kraut zunächst sowohl das Zentrum als die Sozialdemokratie mit scharfen Worten: „Ja erleben wir ganz offensichtlich von zwei Seiten den Kampf um die Macht, ohne Rücksicht darauf, daß doch auch andere Interessen im Überreichen Maße noch vorhanden sind, die mit Füßen getreten werden...“

Bedeutet diese Worte etwa einen zarten Hinweis auf noch nicht befriedigte personalpolitische Wünsche der Demokraten? Wir sind indessen der Meinung, daß die Demokratische Partei wie im Reich, so in Preußen, so auch in Schlesiens allen Anlaß habe, mit dem ihr in den Verwaltungsgestalten gewährten Einfluß zufrieden zu sein. Der Streit geht zunächst um die prinzipielle Frage: Wie sollen in der Demokratie die politischen Führungsstellen im Verwaltungsapparat besetzt werden? Soweit wir sehen, wird praktisch von keiner Seite, auch nicht von der Rechten, dahin und wo sie gerade an der Macht ist, der Grundfrage gestritten, daß diejenigen Volksteile, die durch ihre Stimmabgabe bei den Wahlen sich als die stärksten politischen Willensfaktoren erwiesen haben, beanspruchen können, daß die leitenden Verwaltungsstellen mit Männern besetzt werden, die das Vertrauen eben dieser Volksschichten besitzen. Dieser Grundsatz verheißt nicht „die Macht der rohen Zahl“, sondern er stellt die einzig denkbare Methode dar, dem Ideal der Demokratie nahe zu kommen, daß nämlich Regierte und Regierende keine Klüfte trennen, sondern Vertrauen verbinden soll. Wenn die Zahl, d. h. die durch Wahlen festgestellten wirtschaftlichen und politischen Kräfte, gar keine Bedeutung hätte, dann fragt man sich, wozu überhaupt Wahlen, dann doch lieber die Diktatur eines einzelnen oder einer Minderheit gegen den gesamten übrigen Teil des Volkes. Uns ist nicht bekannt, daß das deutsche Zentrum sich bisher mit solchen Gedanken an Diktatur befreundet hätte.

Dem Breslauer demokratischen Organ gebührt nun das Verdienst, nachgewiesen zu haben, daß das Zentrum prinzipiell gar nichts gegen die „Macht der rohen Zahl“ einzuwenden hat, vielmehr klinge aus der von Zentrumsseite aufgemachten Rechnung (mit Zahlen!) eher als wollte man sagen: „Seht her, so machen es die Genossen, also machen wir es ihnen nach!“ Wir waren das Zentrum vor solcher Nachahmung des sozialdemokratischen Beispiels. Denn wenn das Zentrum sich beschwert, im Breslauer Bezirk nur eine der staatlichen Spitzenstellungen inne zu haben, so ist Tatsache, daß andererseits die Sozialdemokratie auch nur eine solche Stellung besetzt habe. Das Zentrum stellt den Chef des Regierungspräsidiums, die SPD den Chef des Oberpräsidiums. Vergleicht man nun aber die Machtpositionen in diesen beiden Ämtern, so ist zunächst schon rein äußerlich festzustellen, daß das Oberpräsidium nur fünf Dezerenten umfasst, die Regierung dagegen etwa sechzig. Hierin bräut sich die viel umfassendere Zuständigkeit des Regierungspräsidiums aus. Dem verschiedenen Format entspricht ein ganz verschiedenes verwaltungspolitisches Gewicht. Während der Regierungspräsident selbst und durch seinen großen Dezerentenapparat unmittelbar verwaltet und den ihm unmittelbar unterstellten Landräten, Polizeipräsidenten usw. Anweisungen gibt und sie verwirklicht, gibt der Oberpräsident mangels eigener gesetzlicher Zuständigkeiten meist nur Anweisungen, die er nicht durchsetzen kann. Der Regierungspräsident hat die laufende Aufsicht über die Städte und Landkreise und damit eine ständige Einwirkungsmöglichkeit auf sie. Der Oberpräsident erfährt dagegen von ihrer Tätigkeit nur durch gelegentliche Berichte oder durch Beschwerden, soweit sie nicht etwa in der Regierungsinstanz erledigt sind.

Mit der Erwerbung des Regierungspräsidiums in Breslau hat es das Zentrum „den Genossen“ aber schon sehr zu seinem Vorteil „nachgemacht“. Wenn das Zentrum es der SPD darüber hinaus noch nachmachen wollte, dann müßte es auf alle seine weiteren sehr einflussreichen politischen Positionen verzichten. Denn es ist leider so, daß die SPD keinen weiteren Behördensiegel oder hohen politischen Beamten im Breslauer Bezirk stellt. Wir glauben aber kaum, daß das Zentrum verzichten will auf die dem Zentrum angehörigen Landesfinanzamtspräsidenten, Landeskulturamtspräsidenten, Kreispräsidenten am Oberpräsidium, Kreispräsidenten am Volkspräsidium, Generalstaatsanwalt, Regierungsdirektor als zweiten Vertreter des Regierungspräsidenten, Direktor der Regierungsschulabteilung — sämtlich in Breslau. Auch der Landesminister, der Finanzminister der Provinz, gehört dem Zentrum an. Weiter sei daran erinnert, daß dem Zentrum von der SPD, wieder die überaus einflussreiche Position des niederschlesischen Landeshauptmanns zugestanden war, das Zentrum es allerdings damals vorzog, seine Stimmen dem Deutschnationalen v. Thaeer zu geben.

Entspricht nun das sich nach dieser Zusammenstellung ergebende Bild von acht Zentrumsposten gegen eine sozialistische Position auch nur einigermaßen den Ergebnissen der Wahlen in den letzten Jahren? Mit 71 Abgeordneten bei 138 der Sozialdemokraten und 21 Demokraten könnte man doch etwas — auch für die Wählerkraft sichtbar — entschiedener auftreten,“ schrieb die „Schlesische Volkzeitung“.

Wir ziehen aus diesem Zahlenverhältnis andere Schlüsse, die wir noch auf einer etwas breiteren Basis begründen wollen. Im Regierungsbezirk Breslau entfielen von allen gültigen Stimmen auf die einzelnen Parteien:

	1924	1928	Zunahme	Abnahme
	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent
SPD	31%	37%	6	—
Deutschnationale	28%	23	—	5%
Zentrum	19	15%	—	4%
Volkspartei	7%	6	—	1%
Kommunisten	3	4%	1%	—
Wirtschaftspartei	1%	3%	2	—
Demokraten	4%	3	—	1%

Die bei weitem stärkste Partei ist also die Sozialdemokratie mit 37% Prozent der abgegebenen Stimmen, während das Zentrum erst an dritter Stelle steht und mit 15% Prozent noch nicht halb so stark ist wie die Sozialdemokratie. Die Demokraten mit nur 3 Prozent spielen keine Rolle mehr. Besonders zu beachten ist noch die weitere Tatsache, daß die 15% Prozent Zentrumsstimmen nicht einmal einen mehr oder weniger feststehenden Bestand darstellen, sondern daß das Zentrum sich ganz offensichtlich in einer rückläufigen Entwicklung befindet. Am deutlichsten zum Ausdruck bringt dies das Wahlergebnis in den vier Kreisen des Glatzer Berglandes, in denen der Anteil der katholischen Bevölkerung besonders groß ist und die früher immer als Zentrumsdomänen bezeichnet wurden.

Kreis	kath. Bevöhl.	für das Zentrum abgeg. Stimmen			
		1924	1928	Gewinn	Verlust
		Prozent	Prozent	Prozent	Prozent
Frankenstein	75	53	39%	—	14%
Glatz	92	54	36	—	19
Habelschwerdt	98	60%	40	—	20%
Münsterberg	75	52%	38%	—	14

Damit ist wohl überzeugend nachgewiesen, daß gerade das niederschlesische Zentrum am wenigsten Veranlassung hat, sich über die „Macht der rohen Zahl“ zu beklagen. Die sozialistische Arbeiterpartei wird sich aber von niemanden das Recht bestreiten lassen, dem Zentrum gegenüber die Macht der rohen Zahlen so zur Geltung zu bringen, daß das trasse Mißverhältnis von 8:1 in den leitenden Verwaltungsstellen bei 1:2 in der Anhängerzahl beseitigt wird.

Bezirkskonferenz der Arbeiterwohlfahrt

Am Sonntag fand im Gewerkschaftshaus in Breslau die Bezirkskonferenz der Arbeiterwohlfahrt statt, zu der der Oberpräsident, der Landeshauptmann, der Magistrat von Breslau und verschiedene Verbände, Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Arbeiterkamerader und die Kinderfreunde Vertreter entsandt hatten. Der Regierungspräsident war persönlich anwesend.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung berichtet Genosse Lehmann über die Tätigkeit der örtlichen Arbeiterwohlfahrtsausschüsse. Alle Berichte betonten, welcher Wert darauf gelegt wird, Einfluß auf die amtliche Wohlfahrtspflege zu gewinnen und durch Mitarbeit in den Wohlfahrts- und Jugendausschüssen der Gemeinden und Kreise die Interessen der Arbeiterpartei wahrzunehmen. Die Ortsausschüsse für Arbeiterwohlfahrt üben außerdem alle eine umfangreiche beratende Tätigkeit aus, erteilen an Hilfsbedürftige Ratsläge und sind ihnen auch bei dem Abfassen von Gesuchen aller Art behilflich. In der Erkenntnis der besonderen Bedeutung, die die Aufgaben der Jugendfürsorge und Jugendpflege gegenwärtig haben, arbeiten die Arbeiterwohlfahrtsausschüsse in der Jugendgerichts Hilfe mit, übernehmen außerdem Vormundchaften und Schutzauflagen in großem Umfang. Es wird allerdings vielfach noch darüber geklagt, daß die Jugendämter der Mitarbeit der Arbeiterwohlfahrtsausschüsse auf diesem Gebiete noch Schwierigkeiten bereiten. Aus Breslau wurde berichtet, daß hier diese Widerstände in letzter Zeit dadurch überwunden wurden, daß auch die Arbeiterwohlfahrt bei der Verteilung der Fürsorgefälle auf die Konfession der Minderjährigen Bedacht nehmen mußte und ehrenamtliche Helfer des gleichen Bekenntnisses zur Verfügung stellt. Recht gut bewährt haben sich Maßnahmen, die an den verschiedenen Orten unter fachkundiger Leitung eingerichtet worden sind, in denen Genossinnen Gelegenheit geboten wird, die Umarbeitung und Ausbesserung von Kleidungsstücken aller Art zu üben.

Mit gutem Erfolg fand Arbeitsgemeinschaften und Kurse an den verschiedensten Orten durchgeführt worden, um den Mitarbeiterinnen der Arbeiterwohlfahrt Gelegenheit zur Einarbeitung in Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung zu geben. Recht allgemein waren die Klagen über die Schwierigkeiten in der Zuteilung von Mitteln aus den den Behörden für die Aufgaben der freien Wohlfahrtspflege zur Verfügung stehenden Fonds.

In der auf das Referat folgenden Aussprache überbrachte zunächst die Genossin Klemke die Grüße des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt und ergänzte die Ausführungen des Genossen Lehmann. Sie wies dabei besonders auf die vom Hauptausschuss ins Leben gerufenen Wohlfahrtsstellen in Berlin hin, die die Möglichkeit schaffen, fachlich gewählte Kräfte für die Wohlfahrtspflege zu gewinnen, die aus der Bewegung hervorgegangen sind und uns die Gewähr bieten, daß sie in der Wohlfahrtspflege sich als Beauftragte und Vertrauenspersonen der Arbeiterwohlfahrt fühlen und ihre Arbeit im Interesse der Gesamtheit nach sozialistischen Gesichtspunkten lösen werden.

In dem anschließenden Kasbericht des Genossen Herrmann wurde berichtet, daß von der Regierung in Breslau der Betrag von rund 50 Tausend (in Worten fünfzig Tausend) ge-

währt worden ist. An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Genossinnen Wöllmer-Glatz, Wölke-Reichenbach, Köhler-Kreuzendorf, Wolke-Brieg, Krantz-Breslau, Bogt-Weise-Petersdorf, Wolf-Waldenburg, Böhm-Stanowitz, Handl-Loh-Striegau, Heilig-Breslau, Sromig-Kleitenberg, Wotjak-Dels, Thomas-Jobten, Kionke-Opferau und Videmann-Breslau. Besonders erwähnenswert ist die Anregung der Genossin Wolf, Arbeitsgemeinschaften für Gesundheitsfürsorge ins Leben zu rufen. Ferner wurde die Bildung von Kreisvereinigungen für Arbeiterwohlfahrt vorgeschlagen.

Hierauf nahm der Schlichter für Schlesien Genosse Philipp das Wort zu seinem Vortrag über „Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Schlesiens“. Genosse Philipp gab einen Überblick über die Verhältnisse, die zur gegenwärtigen ungünstigen Wirtschaftslage in Deutschland und insbesondere in Schlesien geführt haben, erläuterte die Wirkungen des Handelskrieges und ging anschließend auf Fragen der Finanzwirtschaft, die Schwierigkeiten auf dem Kapitalmarkt, auf dem Hypothekensmarkt, die die Förderung des Baues von Wohnungen zu erschwinglichen Preisen unmöglich machen, ein. Er betonte, welche Schädigung der deutschen Wirtschaft durch den politischen Umsturz der Reichsparteien zugefügt wird, da deren Stellungnahme gegenüber dem Dawes- und Young-Plan unsere Kreditfähigkeit im Auslande schwer erschüttert haben. Weiter wurde die schwere Arbeitslosigkeit als Kernproblem der ungünstigen Wirtschaftslage vom Genossen Philipp nach Umfang und Ursachen beleuchtet. Nach seiner Auffassung müssen wir für die nächsten Jahre mit einer durchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 2 Millionen Menschen rechnen, sofern es nicht gelingt, neue Arbeitsmöglichkeiten, insbesondere für Ostdeutschland und Schlesien, bei unseren Nachbarn zu finden. Zum Schluß betonte Genosse Philipp noch die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Problemen der Gegenwart und zeigte, wie Gewerkschaften und Partei bemüht sein müssen, die gegenwärtigen Schwierigkeiten unter Würdigung der Wechselwirkung wirtschaftlicher und politischer Machtpositionen zu lösen.

Auf eine Aussprache über den Vortrag des Genossen Philipp wurde verzichtet und anschließend die Wahlen für den Bezirksausschuss vorgenommen. Es wurden gewählt: Als Vorsitzender Genosse Lehmann, als Stellvertreterinnen die Genossinnen Videmann und Zils-Glatz, als Vertreterin des Hauptausschusses die Genossin Marie Anjorge-Waldenburg, für den Bezirksausschuss Breslau des ADGB Genosse Kufferer, für den Bezirksausschuss Breslau der Arbeiterwohlfahrt Genosse Wogel, für den Provinzalausschuss Genossin Keißer, für die Provinzialverwaltung Genosse Tilsch, als Kassierer Genosse Herrmann, als Helfer der Genossinnen Wölke-Reichenbach, Bogt-Weise-Breslau-Land, Wöllmer-Glatz, Wolf-Brieg und als Stellvertreterinnen die Genossinnen Kasse-Frankenstein, Dehmel-Stern, Köhler-Kreuzendorf, Wotjak-Opferau.

Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, die wir aus Raummangel in unserer marginalen Ausgabe nachtragen. Mit einem kurzen Schlusswort, in dem der Genosse Lehmann die Ergebnisse der Tagung zusammenfaßte, wurde die Konferenz um 14.15 Uhr geschlossen.

Bürgermeisterwahlen in Bunzlau

Die Bunzlauer Stadtverordnetenversammlung wählte Sonnabend mit 15 Stimmen der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft den Führer zweiten Bürgermeisters Sie manowitz. Nachfolger des Genossen Burmann zum Ersten Bürgermeister. Die zwölf sozialdemokratischen Stadtverordneten gaben Zettel ab.

Und in Hindenburg

In der Freitagssitzung des Hindenburger Stadtparlaments wurde der Stadtschulrat Dr. Opperskall zum zweiten Bürgermeister gewählt. Opperskall war einer der vielen, das Zentrum seinerzeit als Oberbürgermeisterkandidaten in Betracht nahm. Seine Wahl bedeutet innerhalb des Zentrums einen Sieg des K. V., der nicht farbentragenden Studentenorganisation, der mit den farbentragenden C. V. in Oberhaveln heftiger Fehde um jene Positionen steht, die mit Akademiern besetzt werden oder besetzt werden können. Das Zentrum wagt nun an Stelle Opperskalls einen neuen Stadtrat vorzuschlagen. Darauf ging aber die Sozialdemokratie nicht ein, da ja bekanntlich geteilt werden soll. Die Schulaussicht wird demgemäß ebenfalls an staatliche Instanzen übergehen und die durch Opperskalls Wahl freigewordene besetzte Magistratsstelle eingetragt werden.

Graf Praschna abgehängt

Der bisherige oberhavelnische Reichsratsvertreter Graf Praschna, der zwar dem Zentrum angehört, im Reichsrat jedoch konsequent mit den Deutschnationalen zu stimmen pflegte, wird in der Freitagssitzung des oberhavelnischen Provinzparlamentes nicht wiedergewählt. An seine Stelle tritt der Leiter der Provinzialbank für Oberhaveln, Woesle, und als sein Vertreter der Sekretär der oberhavelnischen Zentrumsparlamentarier Schmidt.

Schweidnitz, Trzeccak nicht bestätigt. Der Nationalbankdirektor Trzeccak, der bekanntlich bei dem Ueberfall auf die Wendemuth-Besammlungen eine führende Rolle spielte, wurde später zum Stadtrat gewählt wurde, ist im Gegensatz zu anderen ehrenamtlichen Magistratsmitgliedern nicht bestätigt worden. Die nationale Presse findet es „interessant“, daß politische Gegner Trzeccaks, Genosse Hoppe, jedoch bestätigt wurde. Wir finden das bloß selbstverständlich.

Görlitz, Den Opfern des Kapp-Putsches ein Denkmal. Die Wiederkehr des Kapp-Putsch hat die sozialistische republikanische Arbeiterpartei von Görlitz ihren Toten ein Denkmal gesetzt. Es wurde am Sonntag bei einer Gedenkstunde an den Toten der Stadt übergeben, welche die dauernde Pflege und Unterhaltung übernimmt. Der Feier wohnte auch der Kreispräsident Genosse Lüdemann bei. Im Inneren des Denkmalswerks der Denkmalsanlage sind die Namenstafeln und die Gedenktafel mit Inschrift: „Sie liehen ihr Leben für die Republik und die Freiheit des Volkes, 13. bis 17. März 1920, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Sozialdemokratische Partei, Görlitz, 13. April 1930“, angebracht.

Aus der Umgebung

Schmölln, Eine böse Abfuhr erteilten die Nationalistische Versammlung, die sie für den 11. April einberufen hatten. Herr Kremsler, Stadtverordneter der Nationalbankdirektion hielt einen Vortrag, der, mit den üblichen Unflätigkeiten gewürzt, verwerflich war. In der Diskussion wollte Kremsler dann einem Redner der Evangelisch-Sozialen „Geschäftsordnung“ antworten, aber die Schmöllner Arbeiter regelten sich die Geschäftsordnung selbst — worauf die Nationalisten aus der Diskussion und sich 80 Mann Verstärkung aus Breslau herbeiführten, die denn auch kurze Zeit darauf im Lokale — vorfristighalter am Dorfzugang stehen blieb — ankamfen. Dem widerlegte Genosse Hammag die Nazi-Thesen in einer anderthalbstündigen Diskussionsrede, die von der „Mannschaft“ mit offenem Maul und Ohren angehört wurde. Herr Skroda vom Zentrum und Genosse Grisch kamen zum Wort. Mitterwelle war es spät geworden, und Herr Kremsler konnte nur noch erklären, daß er sich ein andermal mit den Diskussionsrednern auseinandersetzen werde. Ziemlich belämmert zog die „Sport“abteilung sich wieder auf ihr Lastauto zum und verschwand.

Herrmannsdorf, Aus der Gemeinde. In der letzten Gemeindeversammlung stand zuerst der Antrag Heidenreich über die Ueberlassung von Grund zum Bau einer Wäscheküche in der Beratung, der wegen einer Unklarheit bereits verworfen worden war. Dem Antrag wurde zugestimmt. Abgesehen von dem hingegen die Uebernahme von Umbaukosten der Wubertshaus Wohnung, da der Voranschlag Müller — 900 Mark für eine durchbrechen und einen Ofen zu setzen — reichlich hoch ist. Dafür wurde für Ueber der Gemeindesteuer in Höhe von 32 Mark niedergeschlagen, trotzdem für Erwerbungsgebühr kein Geld da zu sein pflegt. Auch dem Gutsherrn Wittmann — 360 Morgen — wurden 823 Mark Steuern zum Herbst gestundet; bei der Beratung wurden wieder einmal unsere Minister (etwa Herr Schiele? Red.) für die der Landwirte verantwortlich gemacht. Auch der Zentrumsminister steuerte zur Unterhaltung bei, indem er sich über hohen Invalidenversicherungsbeiträge beschwerte. Alles in allem, die hohen Soziallasten seien verwerflich, denn Christus sagte bekanntlich, wer hat, dem werde gegeben. Großmut im Bewußtsein hörte auch sofort auf, als es sich darum handelte, in der Wohnung des Genossen Heppel Reparaturkosten in Höhe von 6,18 Mark zu übernehmen. Obwohl bei den Gemeindefürsorge ein Reparaturkosten in Höhe von 177 Mark enthalten ist — es handelt sich um einen 777 Sozialdemokraten — und da sind sich alle Schattierungen unseres schlesischen Bürgerbunds einig.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Carlshaus (Neubau), Zimmer 170-171
Telephon 39064, 39061
Gebäude von 8-13 und 16-19 Uhr

Dambitzsch, Dienstag, den 15. April, öffentliche Volksversammlung. Referent: Genosse Dr. Kottelne.

Steine, Mittwoch, den 16. April, 20 Uhr: Mitgliederversammlung bei Großsch. Redner: Genosse Schiffer, Kottelne. Mittwoch, den 18. April, 20 Uhr, bei Großsch. Mitgliederversammlung. Genosse Baumgart wird einen interessanten Vortrag halten.

Arbeitsgemeinschaft Breslau-Land-Nord-Ost, Mittwoch, 16. April, findet nachmittags 3 1/2 Uhr die Kommunisten Beratungskunde im Wartezimmer des Genossen Korn statt.

Schmölln, Theateraufführung. Am Sonntag, 20. April, findet im Festsaal des Herrn Kabis eine Theateraufführung der Arbeiterpartei statt. Alles muß anwesend Anfang 20 Uhr.

Proßsch-Weide, Am Donnerstag, dem 17. April, 1930 im Lokal Schneider, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Kottelne.

Kauße-Majewitz, Mitgliederversammlung, Donnerstag, den 17. April, 20 Uhr, bei Wogel.